

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.16/17 - 58. Jahrgang

6. September 2008

Thema der Woche:

20 Jahre Quotenregelung

Vor 20 Jahren, am 30. August 1988, hat die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Münster eine Quotenregelung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in ihr Statut aufgenommen. „Nach jahrelangem Vorlauf,



ASF-Vorsitzende Elke Ferner.

hartnäckigem Ringen und innerparteilichen Debatten war der Beschluss des Münsteraner Parteitages ein historischer Erfolg für die SPD mit Signalwirkung für die Gesellschaft“, würdigte die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Elke Ferner die Entscheidung.

„Der Anspruch gerade junger Frauen konnte realisiert werden, dass in einer Partei, die auf Gleichheit aufgebaut ist, die gleiche Teilhabe beider Geschlechter selbstverständlich sichergestellt werden würde“, so Elke Ferner. „Maßnahmen wie Frauenförderprogramme waren bis dahin unverbindlich und letztlich ohne Erfolg geblieben. Erst die Quote wirkte. Sie hat die Partei verändert. Jetzt feiern wir Geburtstag und ziehen Bilanz: Nach einer Übergangsfrist müssen seit 1998 in allen Funktionen und Mandaten der Partei Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent vertreten sein. Im SPD-Präsidium ist Parität erreicht, im Parteivorstand liegt der Frauenanteil bei vierzig Prozent, in der SPD-Bundestagsfraktion sind es 35 Prozent. Aber reicht das schon? Nein. Die Quote ist und bleibt eine Sache der ganzen Partei und nicht nur der Frauen. Auf den oberen Ebenen ist die Gleichstellung erreicht, in Spitzenpositionen hapert es dagegen noch. Bei den anstehenden Wahlen muss die Partei auf allen Ebenen konsequent die Gleichstellung der Geschlechter – ein Markenzeichen der SPD – verwirklichen.“ □

Bildung:

Aufstieg durch Bildung

SPD-Parteivorstand setzt mit seinem Beschluss Maßstäbe

Berlin hat bundesweit eine Vorreiterrolle bei der frühkindlichen Erziehung. Nun sollen auch in allen anderen Bundesländern von 2013 an Kinder zwischen zwei und sechs Jahren Kindergärten und Kindertagesstätten kostenlos besuchen können. Das hat der SPD-Parteivorstand in dieser Woche gefordert.

Bundeskanzlerin Merkel müsse jetzt zeigen, wie ernst es ihr mit ihren Aussagen zur Bildungspolitik sei, sagte Klaus Wowereit nach der Sitzung des Parteivorstands.

Für das Schulsystem strebt die SPD an, die starre Gliederung zwischen den Schulformen zu überwinden für mehr Durchlässigkeit und soziale Chancengleichheit. Dabei soll die Hauptschule als Schultyp abgeschafft und ein längeres gemeinsames Lernen durchgesetzt werden. Auch hier ist Berlin Vorreiter: Elf Gemeinschaftsschulen haben am Montag die Arbeit aufgenommen.

Für bedürftige Kinder soll der Bund im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Pakets die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernehmen. Die Länder stel-



Bessere Bildungschancen: Die SPD legt Forderungskatalog vor.

Foto: BS-Archiv

len sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler an einem Mittagessen teilnehmen können. Ab Klasse 11 sollen wieder mehr Jugendliche Anspruch auf Schüler-Bafög haben. „Nach wie vor bestimmt die soziale Herkunft in viel zu hohem Maß über die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg“, heißt es im Beschluss. „Das müssen wir ändern.“ In der kommenden Woche findet eine bildungspolitische Konferenz der SPD in Berlin statt.

➔ siehe auch Seite 3 und 6

SPD-Debatte:

„Nicht erneut verkämpfen“

Papier fordert Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht

Als Konsequenz aus dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht hat eine Gruppe linker Gewerkschafter und SPD-Abgeordneter die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die „Entwicklung der Rente zu einer universalen Sozialversicherung“ nach Schweizer Vorbild gefordert. SPD-Generalsekretär Heil bezeichnete das Papier als „nicht repräsentativ für die SPD“.

Ein Teil der Forderungen, so die Rücknahme der Rente mit 67, wird auch von Vertretern des linken Flügels nicht geteilt. Es habe keinen Sinn mehr, sich erneut in dieser Frage zu verkämpfen, so der Sprecher der Parlamentarischen Linken Ernst-Dieter

Rossmann. Der Afa-Vorsitzende Ottmar Schreiner bezeichnete den Aufruf als "Bei-

IN DIESER AUSGABE:

WAHLRECHT VON GEBURT AN?	S.2
BERLIN-WERBUNG IN PEKING	S.4
SANIERUNG SPART ENERGIE	S. 5
DIE SPD UND DIE 68ER	S.16

trag für eine produktive Diskussion, an der die SPD nicht vorbeikommt". Hubertus Heil verwies dagegen auf den Erfolg der "Agenda 2010"-Reformen. Die notwendigen sozialen Ergänzungen habe der Hamburger Parteitag beschlossen. Das sei die Meinung der gesamten SPD-Führung. U.H.□

„Die Aufgabe liegt im Zusammenführen“

Gesine Schwan über die Beweggründe ihrer Kandidatur

Die Aufgabe des Bundespräsidenten liege „eher im Zusammenführen, im Fortentwickeln des Grundkonsens“. Das erklärte die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, die von der SPD für das Amt des Bundespräsidenten nominiert worden ist, im Interview mit der Monatszeitschrift „Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte“. „Das Amt bietet die Chance, das, was diese Demokratie ihrer normativen Anlage nach will und soll, anschaulich, fühlbar und sinnlich wahrnehmbar zu machen.“

Die Verbindung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit sei seit Jahrzehnten die entscheidende Frage, so die SPD-Politikerin, die von 1999 bis zum September 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder war. In der Gegenwart sei das Thema Gerechtigkeit ganz besonders wichtig. „Ich habe vor allem den Eindruck, dass heutzutage viele Menschen eine Entkopplung von Leistung und Lebenschancen empfinden, und darin besteht eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft.“ Gesine Schwan betonte die Bedeutung aktiver Teilhabe von Menschen an der Demokratie. „Dabei denke ich weniger an die traditionellen Mittel der Bürgerbeteiligung wie Plebiszite und Umfragen. Diese haben sicherlich eine mobilisierende Wirkung, vor allem auch für die öffentliche Diskussion. Ich denke mehr an den großen Bereich der Mitbestimmung in der Wirt-



Gesine Schwan.

Foto: BS

schaft und vor allem der Bürgerinitiativen, der organisierten Zivilgesellschaft, soweit dieser transparent ist und sich nicht Partikularinteressen verschreibt.“

Gesine Schwan betonte, dass sie sich bei ihrer Bewerbung um Zustimmung aus anderen Parteien bemühe. Denjenigen, die die Linkspartei tabuisieren und diskriminieren wollen, warf sie vor, nicht verantwortungsethisch zu handeln, „denn sie stärken um des Vorteils kurzer öffentlicher Empörung willen letztlich damit die Partei, die sie angeblich klein halten wollen.“ Wenn die Linke wirklich der politische Gegner sei, sollte man alles daran legen, sie im politischen Wettbewerb zu schwächen. „Sie aber durch eine Kalte-Kriegs-Rhetorik de facto zu stärken und dabei auch die Demokratiedefizite nicht anzugehen, ist das Falscheste, was man machen kann.“

BS □

Wahlrecht von Geburt an?

Petra Merkel, Swen Schulz und Wolfgang Thierse für Reform

46 Abgeordnete aller Fraktionen haben im Deutschen Bundestag den Antrag "Der Zukunft eine Stimme geben - Für ein Wahlrecht von Geburt an" eingebracht. Unter ihnen sind die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Merkel, Swen Schulz und Wolfgang Thierse. "Wir wollen, dass Kinder eine stärkere Stimme in der Politik bekommen. Und das funktioniert natürlich am besten mit der Einführung des Wahlrechtes für Kinder", sagen die drei Abgeordneten.

Das Konzept für das Wahlrecht von Geburt an, an dessen Entwicklung unter anderem die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und die frühere Justizsenatorin Lore-Maria Peschel-Gutzeit (beide SPD) beteiligt waren, sieht vor, dass die Eltern das Wahlrecht für die Kinder

wahrnehmen. Die jungen Menschen könnten selbst bestimmen, wann sie das Wahlrecht selbst wahrnehmen möchten.

"Wir wissen, dass das auf den ersten Blick merkwürdig scheint", so Merkel, Schulz und Thierse. "Durch das heutige Wahlrecht werden mehr als 17 % des deutschen Volkes von der Wahl ausgeschlossen, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Wenn wir aber dieses politische Grundrecht für alle einführen würden, dann hätten Familien und Jugendliche eine stärkere Stimme und würden zu einer familien- und kindergerechten Gesellschaft beitragen!"

Allein um dieses Anliegen bewusst zu machen und die öffentliche Diskussion anzuregen, sei ein solcher Antrag notwendig, so die SPD-Bundestagsabgeordneten.

PM □

POLITIK PERSÖNLICH



Jens Holtkamp (37) übernimmt zum 1. Oktober 2008 die Leitung der Unternehmenskommunikation bei der landeseigenen Investitionsbank Berlin. Holtkamp war in den letzten sechs Jahren der Persönliche Referent und stellvertretende Leiter des Persönlichen Büros des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit.

Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin von Wilmersdorf-Charlottenburg hat der Hockey-Abteilung des Sportclubs Charlottenburg 500 Euro für die Durchführung des Bärchen Cups gespendet. An dem beliebten Kinder-Hockeyturnier nehmen in diesem Jahr am 13. und 14. September auf der Wally-Wittmann-Sportanlage beim Mommsenstadion 550 junge Sportlerinnen und Sportler zwischen 5 und 10 Jahren aus ganz Deutschland teil. Das Geld hatte sie zuvor im sportlichen Wettkampf beim Bürgermeister- und Bezirkstreffen auf dem Deutsch-Amerikanischen Volksfest gewonnen.

Christoph Flügge, ehemaliger Berliner Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Justiz, ist von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zum permanenten Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag ernannt worden. Ban Ki-Moon folgte damit einem entsprechenden Vorschlag der Bundesregierung. Christoph Flügge tritt am 1. November die Nachfolge des Richters Wolfgang Schomburg an, der sein Amt ein Jahr vor Ablauf seines Mandats aus persönlichen Gründen zur Verfügung gestellt hatte. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin

Kita-Volksbegehren:

„Gute Absicht, aber falscher Weg“

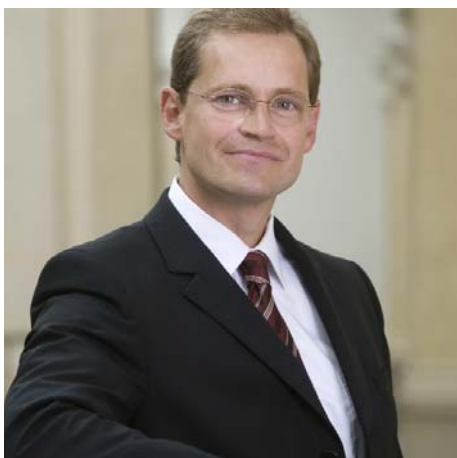
Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller: Verbesserungen Schritt für Schritt

Mit dem Kita-Volksbegehren werde eine gute Absicht verfolgt, der Weg aber sei falsch, erklärte der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Die Forderungen griffen so erheblich in den Berliner Landeshaushalt ein, dass die Entscheidung des Senats, das Volksbegehren aus rechtlichen Gründen nicht zuzulassen, folgerichtig sei.

Michael Müller: „Die Initiatoren und Unterstützer des Volksbegehrens setzen sich für gute Kitas in Berlin ein. Dieses Ansinnen ist richtig und steht in Übereinstimmung mit der Politik der Berliner SPD. Was im Bereich der Kindertagesstätten sinnvoll und finanzierbar ist, wird von der SPD gemacht. Deshalb sind bereits jetzt die Berliner Kitas in der Qualität und im quantitativen Angebot in Deutschland führend.“

Rund 750 Millionen Euro investiere Berlin jährlich in die frühkindliche Bildung, betonte der Berliner SPD-Vorsitzende. Das sei pro Kind mehr als in anderen Bundesländern.

Müller: "Der Weg des Kita-Volksbegehrens ist jedoch falsch. Auch aus Sicht des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber muss man zu dem Ergebnis kommen, dass dieses Volksbegehren einen immensen Eingriff in den Haushalt darstellt und die verfassungsrechtliche Erheblichkeitsschwelle überschreitet. Nur eine seriöse Haushaltspolitik kann langfristig gute Bildungspolitik garantieren. Die Forderungen des Volksbegehrens könnten auf einen Schlag schlicht und ergreifend nicht finanziert



Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.

werden, massive Einschnitte in anderen wichtigen und notwendigen Bereichen wären erforderlich. Aus diesen Gründen ist es folgerichtig, dass der rot-rote Senat das Volksbegehren für rechtlich unzulässig erklärt hat."

Unabhängig vom Volksbegehren werden die SPD und der Berliner Senat in den nächsten Jahren den eingeschlagenen Kurs halten und das Kitaangebot in Berlin schrittweise noch weiter verbessern. "Während Qualität, Personalausstattung und quantitatives Angebot weiter steigen, sinken die Kosten für die Eltern", so Müller. "Selbstverständlich werden wir auch den laufenden Dialog mit den Initiatoren des Volksbegehrens, den Eltern und den Kitaträgern fortführen und Maßnahmen besprechen."

Bereits beschlossen sei die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz, die auch vom Volksbegehren gefordert werde, sagte Müller. "Ab 2009 können alle Berliner Kinder im letzten Kitajahr ohne Bedarfsprüfung eine Kindertagesstätte sieben statt bisher fünf Stunden besuchen. 2010 und 2011 werden das vorletzte und das vorvorletzte Kitajahr beitragsfrei."

Berlins Bildungsminister Prof. Jürgen Zöllner hatte nach der Senatssitzung in der vergangenen Woche betont, die Ablehnung des Kita-Volksbegehrens sei „nicht inhaltlich“ zu verstehen. Ausschlaggebend sei der Kostenrahmen, den die Initiatoren bei 96 Millionen Euro sehen. Nach Berechnungen des Senats reicht dieser Betrag nicht, denn es würden dann deutlich mehr Kinder in die Kitas gehen. Das könnte das Land Berlin 166 Millionen Euro kosten. Zöllner: „Wenn dies in dieser Größenordnung umgesetzt wird, würde unzulässig in das Budgetrecht des Parlaments eingegriffen.“

Der Staats- und Verwaltungsrechtler Christian Pestalozza äußerte Verständnis für die Entscheidung des Senats, der „gewichtige Gründe“ gegen das Begehren anführe. Nach der angekündigten Klage der Initiatoren des Volksbegehrens müsse nun das Verfassungsgericht entscheiden, wo eine Grenze für durch direkte Demokratie verursachte Kosten liegen könnte. Dies sei aus dem Gesetzestext allein nicht ablesbar. Pestalozza verwies auch auf die Möglichkeit, dass mehrere solche Volksbegehren die Ausgaben im Landeshaushalt erhöhen können. BS □

Bei der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung von Kita-Kindern liegt Berlin bundesweit im Spitzenfeld. Das Land Berlin gibt jährlich rund 750 Millionen Euro für den Bereich aus. Rund 107.000 Mädchen und Jungen besuchen derzeit die rund 1800 Kitas. Dort kümmern sich mehr als 13.500 Erzieher in Vollzeit um sie.

Berlin liegt beim Betreuungsgrad der Kinder weit vorne. Die Mehrzahl der Mädchen und Jungen besucht eine Kita. Bei den unter 3-Jährigen sind es fast 40 Prozent (Bundesdurchschnitt 15,5 Prozent). Von den älteren Kindern besuchen rund 95 Prozent eine frühkindliche Bildungseinrichtung (Bundesdurchschnitt 89,8 Prozent). Die Mehrzahl der Kinder ist überwiegend ganztägig in einer Kita. Damit sind wichtige Voraussetzungen für die kontinuierliche und systematische

Fakten zur Kita-Situation

Förderung frühkindlicher Bildung gegeben.

Berlin investiert im Bundesländervergleich am meisten in die frühe Bildung, Betreuung und Erziehung. Das Land gibt 2776,- Euro jährlich pro Kind aus. Der Finanzierungsanteil des öffentlichen Haushalts des Landes Berlin an den Kitas liegt bei rund 84 Prozent und damit im Spitzenfeld. Der Elternanteil beträgt dagegen nur 11 Prozent

Berlin sichert die Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und entlastet ihre Eltern finanziell. Das letzte Kitajahr vor der Einschulung ist seit 2007 in Berlin beitragsfrei. Eltern haben zudem einen

Rechtsanspruch ohne Bedarfsprüfung auf 5 Stunden Betreuung am Tag für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Die Betreuungszeit wird im letzten Kitajahr künftig weiter verlängert

Berlin überprüft die Qualität seiner Kitas. Das Land hat als erstes Bundesland die Evaluation der Arbeit der Kitas mit dem Bildungsprogramm initiiert und damit den Grundstein für eine kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung gelegt. Das Bildungsprogramm beschreibt Ziele und Inhalte der pädagogischen Arbeit der Kitas sowie die Aufgaben des pädagogischen Personals. Externe und interne Experten kontrollieren die Arbeit in den Kitas.

Berlin fördert die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund u.a. mit dem Sprachlernstagebuch sowie Sprachkursen. CS □

Sportpolitik:

In Peking für Berlin geworben

Positive Bilanz der Gespräche in China - Klaus Wowereit: „Die Kontakte nutzen“

Seinen sechstägigen Aufenthalt bei den Olympischen Spielen in Peking hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zu zahlreichen Gesprächen mit den chinesischen Gastgebern und mit Vertretern der internationalen Sportverbände genutzt. Im Mittelpunkt stand die Werbung für die Leichtathletik-WM 2009, die in Berlin ausgerichtet wird. Berlin werde ein guter Gastgeber sein, betonte Wowereit.

Klaus Wowereit war auf Einladung von Berlins Partnerstadt Peking zu den Olympischen Spielen gereist. Dabei ging es u. a. im Gespräch mit dem Vize-Premierminister der VR China Herrn Wang Qishan, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh, auch um Fragen der Menschenrechte. Freie Meinungsäußerung und insbesondere auch Religionsfreiheit seien hohe Güter, so Klaus Wowereit. Er wies auf die Veränderungen hin, die man in China erkennen könne. "Mit einem Boykott erreicht man nichts, man muss vor Ort auch die Kontakte nutzen."

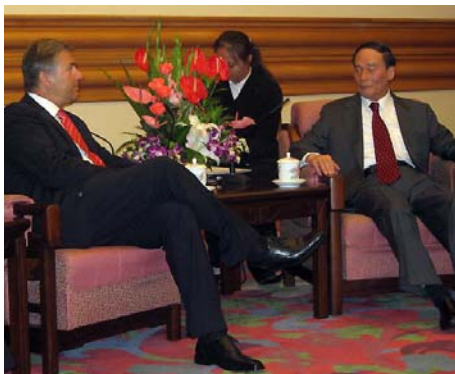
Berlin habe seit Jahren eine effektive Partnerschaft, so Wowereit. In diesem Rahmen gebe es einen rechtsstaatlichen Dialog, bei dem zum Beispiel Justizmitarbeiter aus Peking zu Seminaren nach Berlin gekommen seien, Richterinnen und Richter aus Berlin seien nach Peking gegangen, um dort Kurse abzuhalten.

Für die Austragung der Leichtathletik-WM in Berlin, die am 15. August 2009 beginnt, warb Klaus Wowereit bei den Olympischen Spielen um weitere Sponsoren und Zuschauer. Mit Liu Qi, dem Präsidenten des Pekinger Organisationskomitees für



Übergabe des Staffeltabs Leichtathletik WM 2009 Berlin: Klaus Wowereit bei Guo Jinlong, Oberbürgermeister von Peking.

die Olympischen Spiele, sprach Klaus Wowereit über die Organisation und den Ablauf insbesondere der Leichtathletik-Wettkämpfe. Der Kartenverkauf für die Leicht-



Klaus Wowereit im Gespräch mit Herrn WANG Qishan, Vize-Premierminister der VR China und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh.



Klaus Wowereit mit dem Fernseheteam von Beijing TV: In der Deutschen Botschaft führten sie ein Interview mit dem Regierenden Bürgermeister.

athletik-WM in Berlin ist inzwischen vielversprechend angelaufen, 145.000 der rund 500.000 Karten sind bereits vergeben.

Ein besonderes Lob sprach Wowereit den Berliner Sportlerinnen und Sportlern in Peking aus: "Die vielen Medaillen, die an Berlinerinnen und Berliner gingen, zeigten eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit des Berliner Sports."

Seinem Pekinger Amtskollegen Oberbürgermeister GUO Jinlong bot Klaus Wowereit eine enge Zusammenarbeit bei Klimaschutz und Energieeffizienz an.

Zudem traf der Regierende Bürgermeister mit Wang Ying Ming, dem Geschäftsführer von Hainan Airlines, zusammen. Die chinesische Fluggesellschaft hat am 5. September 2008 eine direkte Flugverbindung zwischen Peking und Berlin aufgenommen.

U.H./BS

Hochschule:

„Die BAföG-Erhöhung war überfällig“

Sven Schulz: Förderung sorgt für mehr Chancengleichheit

Die Entwicklung der BAföG-Förderung in Berlin stagniert. Darauf hat der Spandauer Bundestagsabgeordnete Sven Schulz (SPD) hingewiesen. Dem Statistischen Bundesamt zufolge erhielten im Jahr 2007 insgesamt 49.316 Berlinerinnen und Berliner Ausbildungsförderung, 2006 waren es 49.337. Der durchschnittliche Förderungsbeitrag fiel von 381 Euro leicht auf 376 Euro monatlich.

„Diese Stagnation zeigt wie wichtig die BAföG-Novelle war, die die SPD-Bundestagsfraktion zum Wintersemester

2008/2009 durchsetzen konnte“, erklärt Sven Schulz, der im Bundestag Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung ist.

„Wir haben die Fördersätze und die Freibeträge erhöht, so dass mehr Leute mehr Unterstützung für ihre Ausbildung erhalten. Der Förderhöchstsatz für Studierende erhöht sich dadurch von 585 auf 643 Euro. Hätten wir das nicht gemacht, wäre die Hilfe durch das BAföG schleichend immer schwächer geworden. Doch ein leistungsfähiges BAföG ist nötig, damit ein Studium nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert.

Mehr BAföG bedeutet mehr Chancengleichheit!“

Im Einzelnen wurden in Berlin 2007 in folgenden Ausbildungsgängen gefördert: Gymnasien (396), Berufsfachschulen (10.182), Fachschulklassen (421), Fachhochschulen (11.217), Universitäten (20.020), übrige Ausbildungsstätten (7.080). Die durchschnittliche Förderung pro Person und Monat liegt mit 376 Euro über dem Bundesdurchschnitt von 348 Euro. Nur Hamburg hat unter den Bundesländern mit 388 Euro einen höheren durchschnittlichen Förderbetrag. PM

Stadtentwicklung:

Sanierung spart Energie

Berlin setzt Bundesmittel bei Kitas und Schulen ein

Zahlreiche Berliner Schulen, Kitas und Bäder können jetzt umweltgerecht saniert werden. Rund 29 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung. Ein Teil der Mittel - in Berlin knapp 9 Millionen Euro - stammt aus einem Investitionsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

„Mir liegt sehr viel daran“, so Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, „dass wir das Geld des Bundes nutzen, um die energetische Sanierung von Schulgebäuden und Kindertagesstätten voranzubringen. Klimawandel und CO₂-Ausstoß sind Themen, die alle Menschen bewegen. Da ist es gut, dass wir bei Schulen und Kitas beginnen können.“ Insgesamt stellt der Bund im Rahmen eines Investitionspaktes für das Programmjahr 2008 den Ländern 200 Mio. Euro Bundesfinanzhilfen zur Verfügung.

Der durch die geplanten Maßnahmen in



Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

Foto: SPD-Berlin

Berlin erreichbare Energieeinspareffekt wird auf ca. 9,87 Mio. Kilowattstunden pro Jahr geschätzt, das entspricht einer Emissionsminderung von 1.775 Tonnen CO₂ pro Jahr. Aufgenommen werden die Arbeiten an 15 Schulen (geschätzte Kosten 14,85 Mio. €), 15 Kitas (geschätzte Kosten 7,93 Mio. €) und 3 Bädern (geschätzte Kosten 6,8 Mio. €)

BS □

„Gemeinsame Grundlage“

Senat sprach mit evangelischer Kirchenführung

Der Evangelische Kirchenvertrag bietet eine gute Grundlage für partnerschaftliche Zusammenarbeit und freundschaftlichen Umgang auch bei Meinungsverschiedenheiten. Darin sind sich die evangelische Kirche und der Berliner Senat einig.

Bei einem Gespräch mit der Leitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, zu dem der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit eingeladen hatte, wurden die Leistungen der Kirche für das Bildungswesen betont. Klaus Wowereit will sich zudem für die Sanierung der Gedächtniskirche einsetzen. Die Kulturverwaltung habe bei der Berliner Lottostiftung einen Antrag auf Mittel in

Höhe von einer Million Euro befürwortet, sagte Klaus Wowereit, der zugleich Vorsitzender des Stiftungsrates der Berliner Lotto-Stiftung ist.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es weiter beim Ethik-Unterricht. Während die evangelische Kirche ein Volksbegehren unterstützt, um den Religionsunterricht künftig alternativ zum Ethik-Unterricht anzubieten, sieht der Senat keinen Bedarf zu einer Neuregelung. In Berlin wird der Religionsunterricht traditionell auf freiwilliger Basis in den Schulen angeboten, das Fach Ethik soll dagegen Kinder unterschiedlicher Konfessionen ebenso wie Kinder ohne Konfession zu einer gemeinsamen Wertediskussion zusammenbringen.

U.H. □

„Arbeitsplätze in Berlin erhalten“

Wowereit wendet sich an Telekom-Vorstand

Klaus Wowereit hat an die Telekom appelliert, die Arbeitsplätze in den Call-Centern in Berlin zu erhalten. In einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG, René Obermann, betonte der Regierende Bürgermeister, ihn überzeuge die gegebene Begründung der Schließungsabsicht mit betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht.

„Angesichts der Tatsache, dass der überwiegende Teil der hier Beschäftigten und

insbesondere der Frauen in Teilzeit arbeitet und in Berlin familiär gebunden ist, stellt das Angebot der Telekom für eine Weiterbeschäftigung in Frankfurt/Oder für diese keine Lösung dar“, so Wowereit. Zudem seien mit den heute gegebenen modernen Möglichkeiten der Kommunikation und Vernetzung über jede Entfernung kreativere Lösungen im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorstellbar. Der Senat von Berlin fordere von der Telekom eine nochmalige Prüfung.

BS □

Ausstellung:

Ausstellung: Stolpersteine in Lichtenberg

Vom 15.09.-07.10.08 wird im Lichtenberger Nachbarschaftshaus Kiezspinne erstmals in Berlin die Stolpersteinausstellung des Kölner NS-Dokumentationszentrums gezeigt. Schirmherren sind Klaus Wowereit und die Lichtenberger Bürgermeisterin Christina Emmrich.

Im Rahmen dieser Ausstellung, wird auch ein Stolperstein des Kölner Künstlers Gunter Demnig für Frieda Rosenthal feierlich eingeweiht werden. Frieda Rosenthal war erst Stadtverordnete der KPD, im Februar 1930 unterschrieb sie eine Erklärung einer oppositionellen Gruppe gegen den stalinistischen Kurs der KPD-Führung um Ernst Thälmann. Sie wurde aus der Partei ausgeschlossen, gehörte zunächst einer Gruppe unabhängiger Kommunisten an, trat in die SPD und später SAP ein. 1932-1933 war sie für die SPD Stadtverordnete im Wahlkreis 6 Kreuzberg, wurde am 19.08.1936 durch die Nazis verhaftet, verhört und misshandelt. Am 15.10.1936 erhängte sie sich.

Den Stolperstein für Frieda Rosenthal hat die Lichtenberger SPD-Abgeordnete Birgit Monteiro gespendet.

BS □

➡ Ausstellungseröffnung: Montag, 15. September 2008, um 16.00 Uhr in der Kiezspinne, Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Berlin

➡ Feierliche Einweihung des Stolpersteins für Frieda Rosenthal am Mittwoch, d. 1.10.08, 17-18 Uhr vor dem Haus Fanninger Str. 53 in Lichtenberg.

20. September:

Sommerfest in Spandau

Das diesjährige Sommerfest der Spandauer SPD steht unter dem Motto „Ehrenamt“. Mit zahlreichen Infoständen werden Organisationen des Bezirks, Vereine, Stadtteilkonferenzen, Schulen, Gemeinden, Jungeneinrichtungen auf dem Fest vertreten sein – auch überörtliche Einrichtungen, die sich in und für Spandau ehrenamtlich engagieren.

„Wir wollen damit zeigen, wie viele Menschen sich für die Gesellschaft, für die Menschen hier in Spandau ehrenamtlich einsetzen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft und haben deshalb die Unterstützung der SPD Spandau und all ihrer Mitglieder verdient“, sagt Raed Saleh, Vorsitzender der SPD Spandau und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Das traditionelle Sommerfest findet am Sonnabend, 20. September 2008 von 15.00 – 19.00 Uhr im Wröhmännerpark statt.

FRAKTION INTERN

2008 ist neues Rekordjahr bei Lehrereinstellungen. Vor einigen Tagen hat das neue Schuljahr für rund 324.000 Berliner Schülerinnen und Schüler und darunter allein an den öffentlichen Schulen etwa 24.500 Erstklässler begonnen. Außerdem gibt es an elf Standorten das Gemeinschaftsschulprojekt. Dort lernen Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam.

Nach Ansicht vieler Schulleiterinnen und Schulleiter verlief der Start gut und reibungslos. Das liegt vor allem daran, dass wir die Rahmenbedingungen für alle Schulen deutlich verbessern konnten. Bildungsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner stellte Lehrkräfte im Umfang von 816 Stellen ein und damit so viele wie zuletzt im Jahr 2001. Das ist ein neuer Rekord. Davon stehen 140 Lehrerinnen und Lehrer als Vertretungsfeuerwehr bereit, auf die die Schulleitung bei Bedarf schnell zurückgreifen können. Bei der Sicherung des Unterrichts ist damit ein großer Fortschritt erreicht worden.

Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt, dass wir die Ausstattung und Handlungsfähigkeit der Berliner Schulen zum Beginn des neuen Schuljahres verbessert haben. Das entspricht unserem klaren bildungspolitischen Schwerpunkt. Mit vielen neuen jungen Lehrkräften sowie transparenteren und faireren Zubemessungsregeln haben Parlament und Senat entscheidende Schritte getan, um die Berliner Schulen quantitativ und qualitativ zu stärken.

Bereits im vergangenen halben Jahr hatten die Klagen über ausgefallenen Unterricht erheblich abgenommen. Bildungsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner setzte eine engagierte Gruppe „Beschwerdemanagement“ aus erfahrenen Schulpraktikern ein, die jedem Problem schnell und effizient nachgehen. Die Entscheidung des Bildungsministers, zum Halbjahr des vergangenen Schuljahres einen zweiten Einstellungstermin zu etablieren, war ebenso richtig wie die Vereinbarung mit Finanzsenator Thilo Sarrazin, dauerhaft kranke Lehrkräfte befristet ersetzen zu können.

Und wir arbeiten bereits heute daran, die Bedingungen weiter zu optimieren. Im Jahr 2009 ist zudem der Einsatz einer Datenbank geplant, in der Schülerzahlen erfasst werden können. So kann das Schuljahr 2009/10 noch besser und frühzeitiger vorbereitet werden.

Diskussion zum demographischen Wandel. „Zukunft Berlin – Kinder und Jugendliche in unserer Stadt“ lautete das Thema einer Fachkonferenz, die am Freitagnachmittag nach Redaktionsschluss begann. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe. CS □

Reinickendorf:

„Politiker zu mieten“

Anja Hertel: Angebot zur aktiven Nachbarschaftshilfe

Für einen halben Tag als Betreuer in einer sozialen Einrichtung, einige Stunden Mitarbeit beim Büchertisch eines gemeinnützigen Vereins - die Anfragen bei der Reinickendorfer SPD-Abgeordneten Anja Hertel häufen sich, seit sie ihre Aktion "Miet einen Politiker" gestartet hat.

Die Abgeordnete und mehrere Bezirksverordnete der Reinickendorfer SPD, alle im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel) zu Hause, stellen sich in den Dienst einer guten Sache und suchen das Gespräch. Anja Hertel: "Wir wollen zeigen, dass wir nicht nur kurz vor den Wahlen, sondern kontinuierlich Fragen beantworten, die Probleme der Bürgerinnen und Bürger diskutieren und - wo immer möglich - diese auch lösen wollen!"

Das Angebot, das derzeit auf gut 2500 Flyern im Bezirk bekannt gemacht wird, ist als eine Art „aktive Nachbarschaftshilfe“ gedacht. Noch bis zum 30. September besteht die Möglichkeit, sich zu bewerben. Anja Hertel: "Egal ob für soziale, ehrenamtliche oder berufliche Zwecke. Für einen Tag stehen wir mit Ihnen hinterm Ladentisch, oder fahren im Werkstattwagen mit zu

Sie glauben Bescheid zu wissen?

Sie glauben Politischen... haben doch keine Ahnung vom richtigen Leben? ... sind realitätsfern und wissen nicht (mehr) was sie reden? ... wissen Sie gar nicht wovon Sie reden und kritisch antworten? ... wollen gar nicht wissen was die Bürger denken?

Wir beweisen Ihnen das Gegenteil!

Politiker zu mieten!

Mieten Sie uns! Rufen Sie uns! Mieten Sie sich die Wahlkreisparlamentariker eines der 12 Bezirksvereine der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel) in Reinickendorf!

Egal ob für soziale, ehrenamtliche oder berufliche Zwecke. Für einen Tag stehen wir mit Ihnen hinterm Ladentisch, oder fahren im Werkstattwagen mit zu Ihnen. Sie uns kein Wort und mieten Sie uns, ganz - oder teilweise - und ganz kostenlos!

- Hertel, Anja (Abgeordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Karin Hiller-Ewers (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Kamp, Thorsten (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Koch, Regina (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Richter, Karin (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Schäfer, Ulf (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))
Teller, Klaus (Bezirksverordnete im 12. Bezirksverband der SPD im Wahlkreis 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel))

Flyer der Reinickendorfer SPD.

ihren Kunden. Wir unterstützen Sie bei der Vorbereitung des Sommerfestes im Verein oder betreuen Ihre Kindergruppe beim Wandertag der Schule." BS □

SPD lädt zum Lietzenseefest

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf lädt am heutigen Sonnabend zum traditionellen Lietzenseefest auf der Großen Wiese. Zahlreiche Stände bieten Essen, Trinken und Informationen, es gibt zwischen 14.30 Uhr und 18.30 Uhr Musik und Unterhaltung sowie ein buntes Kinderprogramm. BS □

Mitte:

Reise ins Mittelalter

SPD Rosenthaler Vorstadt pflegt Partnerschaft mit Bretten

Die Pflege der Partnerschaft mit dem SPD-Ortsverein Bretten in Baden-Württemberg, die nach einer längeren Vorgeschichte im September 2007 offiziell besiegelt worden war, führte Markus Giesecke, Martin Beyer und Peter Fäßler aus der Abteilung Rosenthaler Vorstadt aus Berlin-Mitte am ersten Juli-Wochenende ins ausgehende Mittelalter.

Nicht Wahlkampf oder politische Diskussionen wie zu vorangegangenen Treffen, sondern gemeinsames Feiern stand dieses Mal auf der Tagesordnung. Denn wie jedes Jahr taucht Bretten um diese Zeit ins Jahr 1504 und begeht in Erinnerung an eine siegreiche Auseinandersetzung mit dem schwäbischen Herzog Ulrich das Peter-und-Paul-Fest, das jährlich weit über Hunderttausend Besucher anzieht. Unzählige Gruppen mit mehr als 3000 Menschen im mittelalterlichen Gewand bemühen sich dabei um die authentische Darstellung des Lebens in dieser Zeit.

Auch unsere badischen Genossinnen



Begegnung der Berliner SPD-Mitglieder mit der baden-württembergischen Landesvorsitzenden Ute Vogt.

und Genossen trafen wir als Gaukler, Bauern, Mägde, Landsknechte, Burgfräulein - so auch den Brettener Ortsvereinsvorsitzenden Lillo Chianta. Ein besonderer Höhepunkt war das Treffen mit der dort beheimateten baden-württembergischen Landesvorsitzenden Ute Vogt, die als Bogenschützin unterwegs war.

Uli Davids □

Bundestagsabgeordnete:

Zeit für Begegnungen im Wahlkreis

Von Sommerpause nichts zu spüren: Ein Blick in Mechthild Rawerts Terminkalender

Als "parlamentarische Sommerpause" wird die Zeit von Juli bis September bezeichnet. Monate, in denen keine Gesetze verabschiedet werden. Die Berliner Bundestagsabgeordneten nutzen die Zeit nicht nur zur notwendigen Erholung. Sie haben zahlreiche Veranstaltungen, Begegnungen und Gespräche organisiert. Für die Berliner Stimme hat Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete in Tempelhof-Schöneberg, exemplarisch einige ihrer Stationen protokolliert.

1. Juli: Besuch bei Haema-Blutprodukte und Start der Besuche in Pflegeeinrichtungen. Beim ersten geht es um die Stärkung der Spendenbereitschaft während der Ferien und beim zweiten um einen verschärften Blick: Trotz gesetzlicher Verschärfungen für den stationären Pflegesektor und trotz der politischen Aussage "ambulant vor stationär" wird das am 01. Juli in Kraft getretene "Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung" begrüßt. Während meiner Sommer-tour besuche ich Senioreneinrichtungen und Pflegeheime in freier, städtischer und privater Trägerschaft in meinem Wahlkreis. In jeweils mehrstündigen Gesprächen und Führungen durch Mitglieder der Heimbeiräte bzw. der Heim- und Pflegeleitungen wurde ich umfassend informiert. Sehr berührt haben mich die intensiven Anstrengungen, an Demenz erkrankten Menschen die jeweils am Krankenbild orientierte bestmögliche aktivierende Unterstützung, Pflege und Betreuung geben zu wollen. Meiner Meinung nach müssen aber die Teilnahme an speziellen gerontopsychiatrischen Weiterbildungen sowie an entsprechenden bezirklichen Arbeitskreisen verstärkt werden.

3. Juli: Sommerfrühstück im Wahlkreisbüro. VertreterInnen der Schwulen-, Lesben-, Bi- und Transgender-Community berichten aus ihrer Arbeit und von ihren Erfahrungen.

4. - 8. Juli: Die Themenpalette ist breit - sie reicht vom Grußwort bei der Gala des Juxirkus über das Treffen mit dem Präsidenten des Apothekerverbandes und Gespräche beim Hoffest der AWO bis zu einem Besuch im Hospiz.

9. Juli: Besuch beim Pilot-Pflegestützpunkt in Kreuzberg. Die Vorarbeiten für den vom 1. Januar 2009 an bestehenden Rechtsanspruch auf eine umfassende Beratung verlaufen positiv.

10. Juli: Sommerfrühstück im Wahlkreisbüro. Eingeladen sind SeniorenvertreterInnen verschiedener Vereine.



Zu den Terminen Mechthilds Rawerts im Sommer gehörten auch Gespräche bei Unternehmensnetzwerken und Firmen im Wahlkreis - wie hier bei Klosterfrau.

11.7. - 12.7.: Während meiner Bundespresseamtfahrt erhält die 50köpfige Gruppe Eindrücke vom Berliner Politikbetrieb, die KDV Tempelhof-Schöneberg tagt, die Berliner Tafel hat zum Spagettiessen geladen.

13.7. - 22.7.: Weitere Besuche in Pflegeheimen folgen. Ein zentrales und sehr gut angenommenes Angebot sind die BürgerInnenengespräche auch außerhalb der normalen Sprechstunden, welchen ich mit mehr Zeit und Ruhe nachgehen konnte. Zusammen mit der Afa Tempelhof-Schöneberg habe ich eine Veranstaltung zum Thema Altersvorsorge durchgeführt und "Frauengesundheit" war Thema des Frühstücks.

23.7.: Besuchsstart von Unternehmensnetzwerken. Für die kreative Medien- und Werbebranche entwickelt sich der Medienstandort Potsdamer Straße sehr zukunfts-trächtig. Über 400 Startup-Unternehmen sind entlang der Wertschöpfungsketten "Film, TV, Theater & Produktion" und "Werbung, Design, Foto" bereits im Mediennetzwerk "mstreet organisiert. Die "Magistrale 2008 - Kulturnacht in der Potsdamer Strasse" als gemeinschaftliches Kulturevent findet am 13.09. bereits zum sechsten Mal statt. Im Gewerbegebiet Kärntener Straße mit seinen rund 300 MitarbeiterInnen ist die Firma System 180 GmbH angesiedelt. Das im Bereich des Möbelbau und Home-store agierende exportorientierte Unternehmen beeindruckt durch seine in der Produktion und im Unternehmen praktizierte Verfolgung des Nachhaltigkeitsprinzip. Die für eine maßgeschneiderte Auftragsgestaltung notwendigen "kurzen We-

ge" zu anderen Gewerblern sind am Produktionsstandort günstig. Die stärkere Entwicklung lokaler Märkte ist die anstehende unternehmerische Herausforderung.

Tempelhof-Schöneberg ist einer der Bezirke mit der größten Industrieansiedlung. Das 205 Hektar umfassende, verkehrstechnisch gut angebundene Industriegebiet "Motzener Straße" im südlichen Berlin-Marienfelde weist mit ca. 250 Betrieben eine sehr hohe mittelständische Gewerbedichte und ein breites Branchenspektrum auf. Rund die Hälfte der ca. 7000 Beschäftigten arbeiten in den 20 größten Unternehmen. Auch daraus resultiert der erkennbare wirtschaftliche Erfolg des "Unternehmens-Netzwerk Motzener Str. e. V."

24. Juli: Sommerfrühstück mit VertreterInnen aus dem Integriationsbereich.

Seit Anfang August. Sehr erfolgreich war meine Fraktion vor Ort-Veranstaltung u. a. zusammen mit Christel Humme, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, am 4.8. in der ufaFabrik.

Als Gesundheitspolitikerin und Mitglied des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung war ich zusammen mit weiteren Mitgliedern der Europäischen Allianz gegen Malaria vom 17. bis 24. August in Tansania und Ruanda. Wir besuchten Projekte im Bereich der Prävention, Forschung und Behandlung von Malaria. Bewegend das Memorialcenter zum Genocid. In meinen Büros wurde trotz Urlaub vieles aufbereitet, der Relaunch meiner Website ist vorbereitet und zahlreiche Wahlkreisaktionen, z. B. am 4.11. mit Ulla Schmidt zum Gesundheitsfonds, sind in Planung.

Und es steht die Vorbereitung auf die großen Themen des Herbstes an - wie z. B. die parlamentarischen Beratungen zur Verabschiedung des Haushalts 2009 (ich bin Berichterstatterin u. a. für die Finanzierung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, der Stiftung Warentest), die Bekämpfung der Kinderarmut, die Konsequenzen des Armuts- und Reichtumsberichts im Zusammenhang mit dem Existenzminimumsbericht, die Verkündung des einheitlichen Beitragssatzes für die Krankenkassen, die Patientenverfügung, die namentlichen Abstimmungen zur Verlängerung von ISAF und OEF in Afghanistan.

Und natürlich gehör(t)en zu meiner Sommer-Agenda auch die aktive Teilnahme an den vielen SPD-Kiez- und Stadtteilstellen. Schön ist es, dort auch endlich einmal Zeit für ein ruhigeres Klönen mit Genossinnen und Genossen zu haben. □

AG 60plus:

Reformbedarf ist weiter vorhanden

Im BS-Interview: Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 60plus

Es gibt weiter Reformbedarf in der Gesellschaft, sagt der Vorsitzende der AG 60plus in der Berliner SPD Werner Kleist. Im Interview mit der Berliner Stimme benennt er Aufgaben und Ziele und nimmt Stellung zur Pflegereform und zur Rente mit 67.

Berliner Stimme: Eigentlich ist die AG 60plus ja die jüngste der SPD-Arbeitsgemeinschaften. Es gibt sie auf Bundesebene erst seit 14 Jahren. Was hat sich in dieser Zeit durch und mit der AG 60 plus verändert?

Werner Kleist: Die AG 60plus vertritt die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD. Wir wollen das Engagement der älteren Menschen fördern und sie für die sozialdemokratische Programmatik gewinnen. Mit den vom Parteivorstand beschlossenen "Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD" ist unser Aufgabenbereich um die Themenfelder "Mitgestaltung des demografischen Wandels" und "Ausbau der Generationensolidarität" erweitert worden.

Der Organisationsaufbau der AG 60plus entspricht im wesentlichen seit 2008 dem der SPD ab Kreisebene, d. h.: es gibt zwölf Kreise, die Landesdelegiertenkonferenz und den Landesvorstand. Nur in drei Kreisen bestehen noch regionale Gliederungen auf der Basis der ursprünglichen Bezirke, wie sie in fast allen Kreisen bis 2007 bestanden. Diese vom SPD-Landesvorstand am 3.12.2007 beschlossene Regelung sieht vor, dass mit Einverständnis der zuständigen Abteilungsvorstände der SPD wohnortnahe abteilungsübergreifende Arbeitsgemeinschaften gebildet werden können. Das geschieht im Interesse einer aktiven Mitgliederbindung und Bürgernähe. Nach den bisherigen Erkenntnissen hat sich die neue Organisationsstruktur bewährt.

Berliner Stimme: Wie würden Sie die Entwicklung der AG 60plus heute auf Landesebene und in den Kreisen beschreiben? Wie viel Einfluss hat sie, wie eng ist die Verbindung mit der Partei?

Werner Kleist: Wie schon gesagt, hat sich die AG 60plus sowohl in den Kreisen als auch im Landesverband der SPD etabliert. Nach dem Statut wählen die Kreise den Kreisvorsitzenden der AG in den Kreisvorstand, wie auch der Landesparteitag den Landesvorsitzenden der AG in den Landesvorstand wählt. Das geschieht nach meiner Kenntnis ohne große Komplikationen. Dadurch ist die organisatorische Verzahnung der AG 60plus in den jeweiligen



Werner Kleist ist seit dem Frühjahr Landesvorsitzender der AG 60plus. Foto: Duclos

Parteiorganisationen gewährleistet. Sicherlich hängt es von den jeweiligen Persönlichkeiten ab, in welchem Maße die AG 60plus sich Geltung verschaffen kann. Der Einfluss auf die Parteiarbeit wird sowohl vom Gewicht der Argumente als auch durch Überzeugungskraft bestimmt. Das ist aber wie überhaupt in der SPD unterschiedlich.

Berliner Stimme: Der bundesweite Aktionstag im April stand unter dem Motto „Jung und Alt – gemeinsam gegen rechts“. Wie sieht es mit dieser Gemeinsamkeit bei anderen Themen aus, etwa bei der Rentenerhöhung, gegen die ja junge CDU-Abgeordnete zum Beispiel öffentlich angegangen sind?

Werner Kleist: Der bundesweite Aktionstag "Jung und Alt - gemeinsam gegen rechts" am 2. April 2008 war aus der Sicht der AG 60plus ein guter Erfolg. Wir haben vor der "Topographie des Terrors" in der Wilhelmstraße viele interessante Gespräche geführt (die "Berliner Stimme" hat darüber in Wort und Bild berichtet), wobei bei dieser Thematik sicherlich förderlich war, dass viele von uns den Terror der Nazizeit noch aus eigenem Erleben in Erinnerung haben.

Die AG 60plus ist jederzeit bereit, geeignete Initiativen mit anderen Arbeitsgemeinschaften zu ergreifen. Die personellen und logistischen Voraussetzungen sind gegeben. Konkrete Pläne bestehen bisher nicht.

Berliner Stimme: Die SPD setzt sich für flankierende Maßnahmen bei der Rente mit 67 ein. Notwendigkeit oder Reformrückschritt?

Werner Kleist: Der Beschluss, das Rentenalter auf 67 Jahre festzusetzen, ist ohne Diskussion in der Partei erfolgt. Übrigens: Hier von Reform zu sprechen, ist Blasphemie, denn Reformen sollen eigentlich Verbesserungen bringen. Entsprechend kritisch wird das Thema auch jetzt noch verfolgt. Viele Arbeitnehmer sind gar nicht in der Lage, ihre Arbeit bis zum 67 Lebensjahr durchzuhalten. Deshalb sind flankierende Maßnahmen, die die finanziellen Einbußen bei früherer Beendigung des Arbeitslebens in Grenzen halten, absolut notwendig und keineswegs ein Reformrückschritt. Die AG 60plus unterstützt nachhaltig den Beschluss des SPD-Präsidiums vom 16. Juni 2008, wonach noch in dieser Wahlperiode flexible Übergänge in den Ruhestand vom Bundestag beschlossen werden sollen.

Berliner Stimme: Die Reform der Pflegeversicherung wird zurzeit diskutiert. Wo sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf?

Werner Kleist: Die zum 1. Juli 2008 in Kraft getretene Pflegereform ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage der pflegebedürftigen Betroffenen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte. Es wird abzuwarten sein, wie die Reform wirkt.

Unabhängig davon kann schon jetzt gesagt werden, dass die Regelung des Rechtsanspruchs der Arbeitnehmer auf Freistellung von 6 Monaten unzulänglich ist, weil sie sich nur auf Betriebe von mehr als 15 Beschäftigten erstreckt. Damit sind viele Millionen Arbeitnehmer von dieser Möglichkeit ausgeschlossen, weil sie in kleineren Betrieben arbeiten. Das ist ungerecht und muss geändert, sprich: reformiert werden. Ferner ist die Einrichtung von Pflegestützpunkten zu sehr dem Gutdünken der Länder überlassen. Die CDU hat verhindert, dass flächendeckende Pflegestützpunkte zur Norm werden. Wir bestehen darauf, dass diese Forderung weiterhin erhoben wird.

Im Übrigen halte ich es für einen gravierenden Mangel, dass die Beitragsanhebung von 0,25 % nur von den Arbeitnehmern aufzubringen ist. Die sonst geltende Regelung, dass die Sozialbeiträge je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu erbringen sind, ist hier abgeschafft worden. Das muss wieder geändert werden.

Berliner Stimme: Was sind derzeit die Themen der AG 60 plus auf Landesebene? Was wünschen Sie sich vom Senat?

Fortsetzung von Seite 8

Werner Kleist: Die AG 60plus versteht sich als politische Kraft, die sich für eine soziale Stadt Berlin einsetzt. Die politische Arbeit und Diskussion der AG 60plus erstreckt sich auf alle Politikfelder, vornehmlich natürlich auf altersgerechte Themen. Wir bereiten zur Zeit ein Senioren-Dialogforum vor zum Thema Verbraucherschutz, zu dem wir als Experte die Europa-Abgeordnete Dagmar Roth-Behrendt gewonnen haben. Zu dieser Veranstaltung werden wir soziale Gruppen und Verbände sowie die Berliner Seniorenvertretungen einladen. Mit diesen informativen und öffentlichkeitswirksamen Foren haben wir in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Auf Initiative unserer ehemaligen Landesvorsitzenden Inge Frohner hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus 2006 das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz



AG 60plus-Aktion: „Gemeinsam gegen rechts“ im April vor der Topographie des Terrors.

durchgesetzt, wonach erstmalig und bisher einmalig in Deutschland gesetzliche Seniorenvertretungen in allen Bezirken arbeiten. Dieses Gesetz muss überarbeitet werden. Dazu werden wir die entsprechenden Vorschläge machen.

Dem Landesparteitag werden wir einen Antrag vorlegen, wonach für den Rundfunkrat des RBB auch eine Persönlichkeit aus dem Seniorenbereich zu wählen ist.

Der Senat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, mehr altersgerechte Wohnungen in den städtischen Wohnungsgesellschaften zur Verfügung zu stellen, denn die AG 60plus setzt sich für den Vorrang des Verbleibens im häuslichen Bereich auch bei Behinderung oder Pflegebedürftigkeit ein. In diesem Zusammenhang erwarten wir vom Senat, dass er die flächendeckende Ausstattung von Pflegestützpunkten in Berlin durchsetzt.

Fragen: Ulrich Horb □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Besucherfahrt für Lichtenberger. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörg-Otto Spiller lädt interessierte Lichtenbergerinnen und Lichtenberger zu einer kostenfreien Besucherfahrt zum Bundesrat, zum Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und zur Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße ein. Die ganztägige Fahrt findet am Dienstag, dem 7. Oktober statt. Es wird um Anmeldung bis zum 18. September unter 030/ 9760 6732 gebeten.

Gründung der AG Migration in Marzahn-Hellersdorf. In Marzahn-Hellersdorf haben sich mehrere Interessenten zusammengefunden, um eine Arbeitsgemeinschaft Migration auf Kreisebene zu bilden. Die Gründungsveranstaltung findet am 10.10.08 um 18.00 Uhr am Glambecker Ring 80-82 statt.

Mitgliederwerbung wird fortgesetzt. Im vergangenen Jahr hatte die Bundes-SPD das ehrgeizige Ziel vorgegeben, auf den jeweiligen Mitgliederbestand vom 1. Juni 2006 zehn Prozent neue Mitglieder zu gewinnen. Damit wäre der Mitgliederverlust durch Sterbefälle oder Austritte ausgeglichen worden. Im Bundesdurchschnitt gelang das knapp zur Hälfte: Erreicht wurden 44,78 Prozent des vorgegebenen Ziels. Die Berliner SPD schaffte als bester Landesverband 77 Prozent. Besonders hohe Zuwächse hatten die Kreise Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Letzterer war mit 229,73 Prozent sogar der beste Unterbezirk bundesweit. Die Berliner SPD will ihre Mitgliederwerbung intensiv fortsetzen, denn noch reichen die Eintritte



Mit einer "Integrationswoche 2008" endeten jetzt die "Sommergespräche" (Foto), die die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel jedes Jahr von Juli bis September in ihrem Wahlkreis Wilmersdorf-Charlottenburg durchführt. In dieser Woche besuchte Petra Merkel gemeinsam mit Ulker Radziwill, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, u. a. das Projekt NACHSCHLAG des Vereins abw - arbeit, bildung und wohnen e.V.. NACHSCHLAG ist eine „Schule der zweiten Chance“ für Schulabbrecher/innen, für junge Leute mit Sucht- und Delinquenzproblemen, für Lernbeeinträchtigte sowie für Jugendliche mit Sprachproblemen. Vor Ort informierte sich Petra Merkel zudem über die Arbeit der Drogenhilfe Tannenhof Berlin e.V., die 1979 gegründet wurde. Ein Team aus Ärzten, Psychologen und Sozialpädagogen kümmert sich um Menschen mit Suchtproblemen. Foto: Büro Merkel

nicht, um die Mitgliederzahl stabil zu halten. In der September-Ausgabe des Vorwärts ist auf den Berlin-Seiten daher ein Eintrittsformular abgedruckt - verbunden mit der Bitte, es an Freunde und Bekannte weiterzugeben.

Vernissage im Bürgerbüro von Swen Schulz. Am 10. September 2008 um 19.00 Uhr wird im Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, Bismarckstr. 61 in Spandau, die Ausstellung der Malerin Sybille Albrecht eröffnet. Bis Ende des Jahres stellt die Künstlerin unter dem Titel "Farbmomente" ihre Aquarell- und Acrylbilder aus. Ihre Bilder drücken Lebensfreude, Positivität und Kraft aus. Die von ihr angesprochenen Themen entsprechen emotionalen Empfindungen und setzen sich mit alltäglichen Begebenheiten, in leicht verfremdeter oder überspitzter Form auseinander. Der Betrachter kann in bizarre und verträumte Welten eintauchen oder sich von den natürlichen Abläufen des Lebens und seinen vielfältigen Facetten inspirieren lassen.

Kandidatenseite im Internet. Frank Kirstan, stellvertretender AfA-Landesvorsitzender, hat zur Vorbereitung seiner Bewerbung für eine Bundestagskandidatur eine eigene Internetseite eingerichtet. Unter <http://www.frank-kirstan.de/> stellt er seine Ziele und seine Person vor.

ASJ-Stammtisch. „Mit Enthaltung Einfluss nehmen“ - Bedeutete die Einführung einer Enthaltungsstimme bei Wahlen eine Stärkung des demokratischen Elements für den Bürger oder wäre sie eine Kapitulation der Parteien vor ihrer Unfähigkeit, die Wähler zu mobilisieren? (siehe Beitrag von Vera Junker in der BS 14-2008) Darüber diskutiert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen am 10. September ab 19.30 Uhr im Restaurant "Glocke", Mecklenburgische Straße 14, 10713 Berlin. **BS** □

Wahlmanifest:

„Balanceakt gemeinsame Positionierung“

Björn Hacker: Geschichte, Funktion und Problematik der SPE im Vorfeld der Europawahl

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) bildet das europäische Dach für die sozialdemokratischen, sozialistischen und Arbeiterparteien in der Europäischen Union (EU). 33 Einzelparteien aus den 27 EU-Staaten und Norwegen sind zurzeit Mitglieder der SPE, zusätzlich gibt es sechs assoziierte Parteien und sieben Parteien mit Beobachterstatus.

Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde die Gründung europäischer Parteien möglich. Artikel 191 des EG-Vertrags hebt politische Parteien auf der europäischen Ebene hervor als wichtigen Faktor der Integration durch ihre Funktion zur Herausbildung eines europäischen Bewusstseins und der Artikulation des Bürgerwillens in der EU. Im November 1992 gründete sich die SPE als eigenständige Partei und Nachfolgerin des seit 1974 bestehenden Bunds der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft (EG).

VON DER ERSTEN
INTERNATIONALE BIS HEUTE

Die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf europäischer Ebene lässt sich bis ins Jahr 1864 zurückverfolgen, als die Erste Internationale ins Leben gerufen wurde. Doch erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs gab es mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einen echten Bedarf an transnationaler Kooperation zwischen den Parteien. Innerhalb der 1951 neu konstituierten Sozialistischen Internationale (SI) koordinierten sich die sozialdemokratischen Parteien der sechs Gründerstaaten der EGKS. Mit zunehmenden Integrationsschritten lösten sich die sozialdemokratischen Parteien der EG als eigenständiger Verband aus den Strukturen der SI. Ein ständiges Verbindungsbüro bei den EG-Institutionen wurde eingerichtet, regelmäßige Kongresse abgehalten, interne Entscheidungsstrukturen geschaffen.

Als etablierte europäische Partei ist die SPE insbesondere den Zielen verpflichtet,

- die sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen in Europa zu stärken;

- ein enges Arbeitsverhältnis mit den nationalen Parteien, den nationalen Parlamentsfraktionen, der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament (EP), der SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen, den SPE-Mitgliedern mit Mandaten in den EU-Institutionen, den SPE-Frauen und der Jugend-



Björn Hacker ist stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses für EU-Angelegenheiten und wurde im Juni 2008 vom Landesparteitag als Berliner Delegierter auf dem SPE-Kongress gewählt.
Foto: Horb

organisation ECOSY aufzubauen;

- gemeinsame Politiken für die EU zu definieren;

- ein gemeinsames Manifest für die Wahlen zum EP zu verabschieden.

Das höchste Gremium der SPE ist der Kongress, der die politischen Leitlinien der Partei festlegt und ihr Präsidium wählt, das die SPE leitet und ihre Positionen nach außen vertritt. Der Kongress findet zweimal innerhalb der Fünfjahres-Legislaturperiode des EP statt und setzt sich nach einem komplizierten Schlüssel zusammen aus Delegierten der nationalen Parteien und Vertretern der SPE-Fraktion und anderen Vollmitgliedsorganisationen. In jenen Jahren, in denen kein Kongress stattfindet, tagt der kleinere SPE-Rat als höchstes Beschlussgremium der Partei. Mindestens dreimal jährlich treffen sich die sozialdemokratischen Parteiführer zu einer Konferenz, um aktuelle politische Entschlüsse und Empfehlungen zu verabschieden. Das ständige Sekretariat der SPE befindet sich in Brüssel.

SPE ALS EIGENSTÄNDIGER
AKTEUR

Die SPE ist bemüht, als eigenständiger politischer Akteur auf der europäischen Bühne wahrgenommen zu werden. Unter dem seit 2004 an der Spitze der Partei stehenden ehemaligen dänischen Premier Poul Nyrup Rasmussen wurde dieser Anspruch betont, etwa durch den Start eines Konsultationsprozesses zur Reform der

Parteistrukturen 2004, die Initiierung von SPE-Aktivistengruppen für Einzelmitglieder der nationalen Parteien 2006, die Gründung einer europäischen sozialdemokratischen Stiftung (FEPS) 2008, eine neue Kommunikationsstrategie mit einheitlicher optischer Präsenz und die Verstärkung der Internet-Aktivitäten.

Die beschworene Gemeinsamkeit innerhalb der SPE gelangt abseits der allgemeinen Unterstützung für die Werte der sozialen Demokratie jedoch oftmals an ihre Grenzen, da in den nationalen Mitgliedsparteien sehr unterschiedliche Vorstellungen über europapolitische Strategien und Ziele existieren. Die SPD gesellt sich mit ihrem Hamburger Grundsatzprogramm klar zu einer Avantgardegruppe aus Befürwortern einer wirklich politischen EU, zu der unter anderem auch die Schwesterparteien in Frankreich und Spanien gerechnet werden können. Dagegen empfinden skandinavische Sozialdemokraten den weiteren Verlust nationaler politischer Souveränität als Gefahr der Nivellierung ihrer tradierten Wohlfahrtsmodelle und eine dritte Gruppierung um die Labour Parties in Großbritannien und Irland sowie viele sozialdemokratische Parteien in Mitteleuropa verstehen die EU in erster Linie als Wirtschaftsunion, denn als politische Interessensgemeinschaft.

VIER THEMENBLÖCKE

Die Einigung auf ein gemeinsames SPE-Wahlmanifest zu den Europawahlen ist daher ein komplizierter Balanceakt, der allen Strömungen unter den Mitgliedsparteien gerecht werden und zudem eine deutliche politische Alternative zu den konkurrierenden Parteien bieten muss. Im zurzeit stattfindenden Prozess der Programmaufstellung für die im Juni 2009 stattfindenden Wahlen zum EP wird um einheitliche Positionen gerungen in vier Themenblöcken:

- Ausbau der Vorreiterrolle der EU im Umwelt- und Klimaschutz

- Aufbau der sozialen Dimension der EU und Förderung ihrer ökonomischen Stärke

- Entwicklung einer einheitlichen Migrationspolitik

- Verwirklichung einer europäischen Friedens- und Entwicklungspolitik

Das Wahlmanifest soll auf der SPE-Rats-tagung am 1. und 2. Dezember 2008 in Madrid verabschiedet werden; bis dahin werden zwischen den Parteien noch viele Diskussionen um Details der Forderungen zu führen sein.

Björn Hacker □

Integrationspolitik:

Die Eisenkugel ablegen

Ülker Radziwill: Schulen und Stadtteileinrichtungen können mehr praktische Hilfe bieten

Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind im Juli veröffentlicht worden. Mit einer Auswertung der Einwohnermelderegister wurden Rückschlüsse auf den Migrationshintergrund der Einwohner Berlins gewonnen. Jeder und jede Vierte hat einen Migrationshintergrund (25,7) und davon sind 42 % eingebürgert. Bei den Kindern und Jugendlichen haben bereits rund 40 % und bei den Kindern von 0-6 Jahren hat jedes zweite einen Migrationshintergrund. Warum sind diese neuen Erkenntnisse so wichtig? Sie zeigen deutlich, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist! Unser Bildungssystem muss die Herausforderungen in einem Einwanderungsland bewältigen. Auch der Übergang von Schule in den Beruf muss uns besser gelingen.

Nun hat das neue Schuljahr begonnen und viele Kinder, auch mit Migrationshintergrund, kommen in die Schule. "PISA" zeigte uns deutlich, dass ein Migrationshintergrund kein Nachteil ist, sondern die soziale Lage der Familien entscheidend für den Bildungserfolg der Kinder ist. Daher ist die integrationspolitische Herausforderung an den Schulen, jedem Kind eine individuelle Förderung zu bieten.

MUTTERSPRACHE ALS GRUNDLAGE

Unsere neuen Ansätze, Kitas in Bildungseinrichtungen zu wandeln und sie nicht als Bewahranstalten zu verstehen, sind richtig. Sprachförderung kann nicht früh genug anfangen. Aber dem Kind nützen ein Kauderwelsch und zwei halbrichtige Sprachen nicht viel. Wenn Eltern geringe Deutschkenntnisse haben, sollten sie wenigstens ihre Muttersprache dem Kind richtig beibringen. Den Satz bis zum Punkt in einer Sprache sprechen zu können, ist wichtig. Nur so können Kinder lernen Gefühle zu vermitteln, Zusammenfassungen zu geben, also zu kommunizieren. Eine neue Sprache kann hier gut "andocken".

Noch besser ist es natürlich, im Kleinkindalter gleich mehrsprachig aufzuwachsen. Diese Chance müssen eigentlich die Eltern mit Migrationshintergrund nutzen. Doch wie sehr können wir von den Eltern mit Migrationshintergrund Unterstützung erwarten?

Aus meiner Sicht nutzen weder Druck noch Nachlässigkeit! Vielmehr müssen die Angebote zur Unterstützung der Eltern ausgebaut werden. Schulen können hier



Ülker Radziwill ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion und Landesvorsitzender der AG Migration. Foto: Dietmar Wadewitz

viel mehr Unterstützung bieten. Einige machen es vor, andere müssen das noch lernen.

ELTERN BEI IHREN AUFGABEN UNTERSTÜTZEN

Eine bessere Kooperation mit Einrichtungen im Schulumfeld, Elterncafés, Elternschulungen oder -kurse zeigen Erfolge. Fast jede/r Migrant/in will seinem/ihrem Kind eine gute Schulbildung ermöglichen. Unkenntnis über das Bildungssystem, eigene Bildungsdefizite, Zwang und Druck (z. B. Schläge bei Versagen), anderes Verständnis von Elternaufgaben (wenn das Kind zur Schule geht, wird es schon klug herauskommen) aber auch eigene schlechte Erfahrungen erschweren die notwendige Elternunterstützung.

Viele Väter haben nur die Hauptschule geschafft oder waren auf Sonderschulen. Und viel zu viele sind leider auch ohne Abschluss abgegangen. Oft wissen die Eltern nicht, wie und wohin sie sich bei Problemen wenden können. Wir sollten nicht noch mehr abwarten bis die Eltern Einsicht zeigen - jedes Kind hat Chancen verdient, muss individuell gefördert und anerkannt werden. Spätestens in der Schule bekommen sie mit, dass sie "anders" sind - einen Migrationshintergrund haben, der wie eine "Eisenkugel" an ihnen hängt.

In erster Linie sind sie Berliner/innen. Hier ist ihre Heimat. Oft sind es die kleinen alltäglichen Dinge, die helfen sich hier heimisch zu fühlen und in dieser Gesellschaft

anzukommen. Dazu zählt, keinen Rassismus und keine Diskriminierung im Alltag zu erleben, sondern Respekt und Anerkennung zu erfahren. Das beginnt schon mit der richtigen Aussprache des Namens durch andere.

„KIEZE MIT BEDARF“

Wir reden schnell von "Problemfamilien" oder "Problemkiesen". Dabei sind es oft soziale Ursachen mit einem hohen Bedarf an Unterstützung. Daher sollten wir von "Kiesen mit Bedarf" reden. Diese haben keine "hohe Belastung", sondern einen hohen Bedarf!

Wir müssen die praktische Integration fördern und eine bessere gesellschaftliche Einbindung frühzeitig ermöglichen.

PRAKTIKA IM WOHNUMFELD

Im Wohnumfeld muss es unterstützende Angebote geben, wie Praktika für Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen und bei Interesse auch für schon hier lebende Migranten und Migrantinnen - parallel zu den Integrationskursen in gemeinnützigen Einrichtungen, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, Vereinen. Das schafft Begegnungsgelegenheiten mit der hiesigen Bevölkerung. Sie können so ihre theoretischen Deutschkenntnisse in der Praxis verbessern. Man lernt eine Sprache besser, wenn man auch Gelegenheiten hat, diese zu nutzen.

Über diese Begegnungsgelegenheiten lernen sie ihr Wohnumfeld und die Angebotspalette bei möglichen Problemen schneller kennen. In Rundgängen im Stadtteil und Bezirk können sie die Einrichtungen und Behörden kennen lernen. Es bleiben für sie keine "verschlossenen Türen, z. B.: wo müssen sie hin bei Problemen der Kindererziehung.

Ein weiterer positiver Effekt dieser Praktika parallel zu den Integrationskursen ist wichtig, denn es kann auch zum Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement motivieren. Oft werden Migranten/innen in den klassischen Feldern des Ehrenamtes wenig wahrgenommen. Somit gäbe es Möglichkeiten sie dazu zu motivieren und zu engagieren.

Diese Praktika und "Kennenlerntouren" zu den Einrichtungen oder Begegnungsgelegenheiten werden bisher gar nicht oder in geringen Maße angeboten. Die Integration erfolgt aus meiner Sicht mit diesen Unterstützungen besser und schneller!

Ülker Radziwill □

Krankenhausfinanzierung:

Krankenhäuser bauen - wer zahlt ?

Hans-Willi Weinzen antwortet auf den Beitrag von Philip Schunke

Wieder eine monistische Finanzierung der Krankenhäuser, mehr Geld für Investitionen in Krankenhäuser durch einen Zuschlag zu den Fallpauschalen, dessen Aufkommen für Investitionen verwendet wird, das ist gut für Berlin - so stand es in der Berliner Stimme (Philip Schunke: Finanzierungsobjekt Krankenhaus, Berliner Stimme 19. Juli 2008). Wirklich ?

Monistisch heißt lediglich, daß nicht mehr Länder und Kassen, sondern vermeintlich nur noch die Kassen zahlen. Die Fallpauschalen zahlen die Krankenkassen, die Aufschläge müßten sie demnach eigentlich auch zahlen. Die Krankenkassenbeiträge steigen jetzt schon stark, wie stark erst, wenn aus ihnen auch noch die Investitionen finanziert werden sollen? Irgendwie ist zumindest das auch in Aachen erkannt worden. Da der Bund gerne andere zahlen läßt, sollen einem Gutachten zufolge die Kassen den Investitionszuschlag auszahlen und die Länder ihn bezahlen.

Schaut man etwas genauer hin, dann zahlen die Länder also weiter. Das Rürup-Iges-Gutachten (vgl. Karl Doemens, Kassen sollen Kliniken direkt finanzieren, Handelsblatt 18. März 2008) schlägt vor, den Ländern Umsatzsteueranteile wegzunehmen und dieses Geld letztlich den Kassen zu geben, die dann eine Investitionspauschale an die Krankenhäuser auszahlen. Mehr Krankenhausinvestitionen ergibt das, wenn man den Ländern bei der Umsatzsteuer mehr Geld wegnimmt, als diese derzeit für Krankenhausinvestitionen aufwenden.

Wie immer die täglich wechselnde Entwurfsfrage eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes sich nun entwickelt, die Idee, den Länder Milliarden wegzunehmen, sollten wir insbesondere im Haushaltsnotlageland Berlin nicht unbedacht bejubeln. Müssen wir wirklich jeder neuen Aachener Mode folgen und uns die Haut plissieren, nur weil eine Bundesministerin uns das aufschwätzen will ? An einer monistischen Krankenhausfinanzierung, für welche tief in die Taschen der Länder gegriffen wird, ist nur das Etikett monistisch. Eine monistische Krankenhausfinanzierung bedeutet im übrigen auch keineswegs immer genug Krankenhausinvestitionen. Sonst wäre die dualistische Krankenhausfinanzierung nie eingeführt worden.

Zur Erinnerung: Am Anfang der dualistischen Finanzierung ab 1972 zahlte der Bund zusätzliches Geld in Gestalt von Finanzhilfen. Dann ließ er ab 1985 die Länder



Eingang zum Auguste-Viktoria-Krankenhaus: Wer übernimmt die Krankenhausfinanzierung? F: Horb

zahlen, gab ihnen aber immerhin das Volumen der abgeschafften Finanzhilfen auf anderem Wege. Nach Mauerfall zahlte der Bund - nach Artikel 14 des Gesundheitsstrukturgesetzes vom 21. Dezember 1992 - befristet Finanzhilfen für die Krankenhäuser im Beitrittsgebiet, bat die Länder ebenfalls zur Kasse und kreierte den Investitionszuschlag, der von den Benutzern des Krankenhauses oder ihren Kostenträgern zu zahlen war. Und jetzt soll nach Willen der Gutachter der Bund statt der 2,3 Milliarden Euro, welche die Länder derzeit aufwenden, fünf Milliarden, - proportional nach Einwohnerzahl verteilt - den Ländern wegnehmen, dann den Kassen geben, damit diese sie dann den Krankenhäusern durchreichen.

KRANKENHAUSFINANZIERUNG À LA WILLY BRANDT

Blicken wir zurück: Warum hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Willy Brandt mit Bundesgesundheitsministerin Käthe Stöbel (SPD) eigentlich seinerzeit die monistische Finanzierung der Krankenhäuser abgeschafft, eigens das Grundgesetz geändert, die duale Finanzierung eingeführt und hierzu Finanzhilfen des Bundes ausgereicht? Willkürlich war das keineswegs.

Mit dem 22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 363) wurde zunächst in Artikel 74 GG die konkurrierende Gesetzgebung um einen neuen Punkt ergänzt: "19 a. die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und die

Regelung der Krankenhauspflegesätze". Dies sollte dem Bund ermöglichen, das Krankenhausfinanzierungsgesetz auf den Weg zu bringen: "Aus gesundheits-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen werden bestimmte Krankenhausbenutzer oder deren Kostenträger nach der Pflege-satzverordnung des Bundes nicht mit den vollen Krankenhauskosten belastet. Deshalb können die ... den Krankenanstalten entstehenden Selbstkosten mit den Erlösen aus den Pflegesätzen nicht voll gedeckt werden. ... Deshalb wird angestrebt, im Rahmen eines Bundesgesetzes überall den Bedürfnissen einer geordneten und gesicherten Krankenhausfinanzierung Rechnung zu tragen. Aus diesen Gründen ist es notwendig ..., die konkurrierende Gesetzgebung auf die ... wirtschaftliche Sicherung der Krankenhausversorgung ... zu erstrecken." (Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, Bundestags-Drs. Nr. V/3515 S. 4)

Riskieren wir zusätzlich auch einen Blick in den Entwurf dieses Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze: "A. Problem. Die gegenwärtig gezahlten Pflegesätze decken nicht die Selbstkosten sparsam wirtschaftender Krankenhäuser. Durch laufende jährliche Defizite in einer Größenordnung von nahezu einer Milliarde DM können die notwendigen Modernisierungen und Ersatzbauten von Krankenhäusern ... nicht mehr vorgenommen werden. Eine volle Kostendeckung über die Pflegesätze erscheint aus sozialpolitischen Gründen nicht vertretbar. B. Lösung. ... Die Investitionskosten sollen deshalb mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, während durch die teilkostendeckenden Pflegesätze die Benutzungskosten gedeckt werden sollen. ..." (Vorblatt der Bundestags-Drs. Nr. VI/1874 vom 25. Februar 1971) Ersetzt man einfach einmal das Wort Pflegesätze durch Fallpauschalen, dann wird der Text aktuell.

Auch das sozialpolitische Ziel der Regierung Brandt wird klar. Letzteres macht für mich auch heute noch Sinn. Es reicht daher heute für ein sozialdemokratisches Konzept nicht, einfach mehr Geld für die eigene Branche zu fordern und es ist auch mitnichten gleichgültig, woher das Geld kommt. Dennoch ist es heute wieder sinnvoll, über mehr Investitionen in Krankenhäuser und mehr Geld dafür zu diskutieren. Erinnert werden muß dabei aber auch, woher seinerzeit das zusätzliche Geld für die dualistische Finanzierung kam und warum es nicht mehr da ist.

Fortsetzung von Seite 10

"Der Beitrag des Bundes soll dazu dienen, den vorhandenen Bettenbestand zu konsolidieren und zu modernisieren. ... der Bund sich vor allem an den Kosten derjenigen Krankenhäuser beteiligen will, die durch ihre Ausstattung einen besonders hohen Finanzbedarf haben. Der Bund sieht es als seine Verpflichtung an, in diesem Bereich durch seine Finanzhilfen zur Entlastung der Länder beizutragen. ..." (Bundestags-Drs. Nr. VI/1874 S. 21)

KRANKENHAUSFINANZIERUNG
À LA HELMUT KOHL

Ein gutes Jahrzehnt später beendete der Bund mit dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - KHNG - vom 20. Dezember 1984 diese Mischfinanzierung: "§ 9 (1) Die Länder fördern auf Antrag des Krankenhausträgers Investitionskosten, die entstehen insbesondere 1. für die Errichtung von Krankenhäusern einschließlich der Erstausrüstung mit den für den Krankenhausbetrieb notwendigen Anlagegütern, 2. für die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren. ... (2) Die Länder bewilligen auf Antrag des Krankenhausträgers ferner Fördermittel 1. für die Nutzung von Anlagegütern ..., 2. für Anlaufkosten, für Umstellungskosten bei innerbetrieblichen Änderungen sowie für Erwerb, Erschließung, Miete und Pacht von Grundstücken ..., 3. für Lasten aus Darlehen ..., 4. als Ausgleich für die Abnutzung von Anlagegütern ..., 5. zur Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern (3) Die Länder fördern die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter ... durch feste jährliche Pauschalbeträge ..." (BGBl. I S. 1717 f)

Die Länder erhielten damals einen quantitativen Ausgleich, der aber für andere Zwecke gebunden war: "Die bisherigen Finanzhilfen des Bundes nach dem 4. Abschnitt des Krankenhausfinanzierungsgesetzes werden ab 1. Januar 1985 eingestellt.

... die Länder ab 1. Januar 1985 vom Bund jährlich einen Betrag von 972 Mio. DM erhalten, und zwar gemäß Artikel 104 a Abs. 3 GG über eine Erhöhung der Bundesanteile an folgenden Geldleistungsgesetzen: Wohnungsbau-Prämiengesetz, Wohngeldgesetz, Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter in geschützten Einrichtungen." (Bundestags-Drs. Nr. 10/2095 S. 30)

Die Länder konnten demnach das hierfür nicht mehr konsumtiv gebundene eigene Geld nun investiv für die Krankenhäuser verwenden, sie waren jedoch über die Jahre auch in der Lage, dies immer weniger zu tun. Wenn Länderhaushalte saniert werden sollen, beginnt dies nun einmal stets mit Investitionskürzungen, weil diese am einfachsten durchzusetzen sind. Möglicherweise liegt demnach in der Art, wie sich der Bund hier wieder zurückzog, eine Ursache des künftigen Mangels an Investitionsmitteln für Krankenhäuser.

Nach Mauerfall kehrte die Finanzhilfe des Bundes für zehn Jahre wieder zurück. Mit Artikel 14 des Gesundheitsstrukturgesetzes vom 21. Dezember 1992 wurde ein besonderes Krankenhausinvestitionsprogramm für das Beitrittsgebiet beschlossen. Interessant ist die dreigeteilte Finanzierung: Der Bund gewährte von 1995 bis 2004 befristet Finanzhilfen in Höhe von 700 Mio. DM jährlich, die Länder steuerten in mindestens gleicher Höhe Geld bei und die Nutzer oder deren Kostenträger einen Investitionszuschlag (BGBl. I S. 2326). Inzwischen sind diese Finanzhilfen des Bundes wieder ausgelaufen.

KRANKENHAUSFINANZIERUNG
À LA ULLA SCHMIDT?

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht davor die Augen verschlossen hat, ist und bleibt Berlin ein Haushaltsnotlage-land. Nur weil der Bund möchte, daß mehr Geld in Krankenhäuser investiert wird, entsteht dieses Geld dadurch bei uns noch lange nicht. Aber niemand hindert den Bund, es zur Verfügung zu stellen. Wer die Musik bestellt, sollte sie auch bezahlen.

Wir sollten prüfen, ob nicht der Bund an

Stelle des von ihm vorgeschlagenen investiven Zuschlags zu Lasten der Länder wieder schlicht zur Finanzhilfe zurückkehrt. Willy Brandt und Käte Strobel haben die Sache mit den Kassenbeiträgen eigentlich zeitlos gut erklärt, die Sache mit der Haushaltsnotlage müßte notfalls halt noch ein weiteres Mal erläutert werden.

Das Haushaltsnotlageland Berlin tut im übrigen bereits, was es kann. So hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zum Mißvergnügen seines Finanzsenators bewirkt, daß der Gesundheitssenatorin in diesem und im nächsten Jahr jeweils 20 Mio. € für Berlins Krankenhausinvestitionen zusätzlich zur Verfügung stehen. Es gilt nun, darauf zu achten, daß diese nicht in späteren Jahren durch Kürzungen eines Blutrache übenden Finanzsenators den Berliner Krankenhäusern anderweitig wieder verloren gehen.

Der Senator für Finanzen könnte statt dessen prüfen, ob nicht die Wiedereinführung der Finanzhilfen des Bundes für Krankenhausinvestitionen Sinn macht, und sich zur Abwechslung mit dem Entwurf einer einschlägigen Bundesratsinitiative an dieser bundesweiten Debatte beteiligen. Kulinarische und modische Ratschläge für Hartz-IV-Empfänger sind nicht alles, was man zur finanzpolitischen Debatte beitragen kann. Am hilfreichsten wäre ein Vorschlag, der kritisch die bisherigen Erfahrungen in der Bundesrepublik mit der Finanzierung von Krankenhäusern auswertet und daraus strategisch ableitet, was sinnvoll und für Berlin zumindest nicht schädlich ist. Der Vorschlag darf auch ruhig erkennbar sozialdemokratisch sein.

Hans-Willi Weizen ☐



Zur Finanzlage Berlins ausführlich: Hans-Willi Weizen: Berlin in der Finanzkrise - Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berliner Wissenschaftsverlag Oktober 2007, ISBN 978-3-8305-1445-9.

CDU-Gesundheitsminister bleiben zu Haus

Konflikt um Krankenhausfinanzierung verschärft sich

Nachdem die Gesundheitsminister von Bund und Ländern sich Anfang Juli nicht über die Reform der Krankenhausfinanzierung einigen konnten, sollten die Gespräche am 5. September fortgesetzt werden. CDU-Länderminister kündigten allerdings zuvor bereits an, der Einladung von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nicht folgen zu wollen.

Einer der Streitpunkte ist die von Bun-

desgesundheitsministerin Schmidt im Juli eingeforderte stärkere Verpflichtung der Länder auf feste Zuschüsse für Bauten und Infrastruktur der Kliniken ab 2012. Damit soll vor allem ein Finanzierungsrückstand von geschätzten 2,25 Milliarden Euro bei Bauten und Investitionen abgebaut werden.

Die CDU-Gesundheitsminister aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern lehnten es jetzt ab, an der Konferenz teilzu-

nehmen. Gleichzeitig wächst der Zeitdruck, denn im November soll der Beitragssatz des Gesundheitsfonds festgelegt werden, der über die finanziellen Spielräume der Kassen entscheidet. Am 25. September plant eine Allianz von Bundesärztekammer, Deutscher Krankenhausgesellschaft, der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände, Pflegerat, Beamtenbund und der Gewerkschaft ver.di eine Demonstration in Berlin. **BS** ☐

Wirtschaft:

ASJ: Mehr Datenschutz für Verbraucher

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) hat sich angesichts jüngster Erkenntnisse zum illegalen Datenhandel für eine deutliche Stärkung der Verbraucherrechte eingesetzt. Der ASJ-Vorsitzende Harald Baumann-Hasske forderte u. a. die Einführung einer gesetzlichen Vermutung, dass niemand un-**verlangt Werbung oder Angebote per Telefon oder in elektronischer Form wünscht.**

Für den Bereich der Briefpost sei privatrechtlich eine solche Erklärung durch Anbringung eines entsprechenden Aufklebers am Briefkasten möglich. Am Telefon kann derartige mündlich erklärt werden; schon hier fällt dann der Nachweis schwer. Für die elektronische Form sei aber eine Regelung notwendig, damit jedes unverlangte Angebot auf diesem Weg den Makel trägt, schon für sich genommen ein Rechtsverstoß zu sein. Eine solche Regelung sollte dann auch telefonische Angebote erfassen.

Der Absender von Werbung, so die ASJ, müsse nachweisen können, dass der Empfänger der Werbeinformation zugestimmt hat. Kann der Absender das nicht, müssen Verbraucherinnen und Verbrauchern bzw. ein ihre Interessen vertretender Verband berechtigt sein, ihn abzumahnen und eine strafbewehrte Unterlassungserklärung zu verlangen. Zudem müssten Verbraucher oder ihre Verbände einen Anspruch auf Auskunft haben, woher der Absender die Daten bezogen hat. Verweigert der Absender die Auskunft, muss ihm daraus ein spürbarer finanzieller Nachteil entstehen.

Die Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz sind personell zu stärken, damit sie dem zunehmenden Bedarf an Kontrollen auch nachkommen können. **BS** □

SPD-Bundestagsfraktion:

„Lebensmittel-Überwachung ausbauen“

Kontrolleure fanden in jedem vierten Betrieb Mängel vor

Der jüngste Jahresbericht zur Lebensmittelüberwachung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) belegt nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion erneut die Bedeutung der Lebensmittelkontrollen in den Bundesländern.

Die Kontrollen, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Marlies Volkmer, finden risikoorientiert statt, also vor allem dort, wo für die Verbraucherinnen und Verbraucher

Wirtschaft:

„Mehr Gerechtigkeit“

SPD setzt Mitarbeiterbeteiligung durch

Als **„wichtigen Schritt für mehr Gerechtigkeit“ hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck den Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung beteiligt, den das Bundeskabinett am Mittwoch verabschiedet hat.**

„Dies ist ein klarer ein Erfolg der SPD“, kommentierte Beck den Gesetzentwurf. Mit dem Gesetz werde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens beteiligt werden und sich an der immer weiter auseinander fallenden Vermögensentwicklung und -verteilung in Deutschland etwas ändern. Denn trotz aller bisherigen Initiativen sei die Mitarbeiterbeteiligung im europäischen Vergleich in Deutschland unterentwickelt. Lediglich in zwei Prozent aller Betriebe sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Kapital, in neuen Prozent am Gewinn beteiligt.

Grundlage des Modells zur Mitarbeiterbeteiligung ist der von der SPD vorgeschlagene „Deutschland-Fonds“. Kurt Beck erinnerte daran, dass seine Partei bei den Verhandlungen mit der Union verhindert habe, dass das Risiko bei einer Insolvenz des Unternehmens allein bei den Arbeitnehmern liegt. „CDU/CSU wollten nur die Förderbeiträge erhöhen. Nach deren Plänen hätten die Arbeitnehmer bei einer Insolvenz neben ihrem Arbeitsplatz und auch ihre Einlage verloren“, betonte Beck. Wichtig an der neuen Mitarbeiterbeteiligung sei außerdem, dass diese kein Lohnbestandteil sei, sondern zusätzlich gezahlt werde. Außerdem werde durch die Fonds die Eigenkapitalbasis von Unternehmen gestärkt. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen erhielten einen besseren Zugang zu Kapital

„Die SPD steht dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren“, sagte der Parteivorsitzende. Der Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung helfe dabei mit und sei daher ein „wichtiger Schritt für mehr Gerechtigkeit“. Klar sei aber auch: Mindestlöhne müssen nun schnellstmöglich folgen. „Auch bei diesem Thema müssen CDU und CSU ihren ideologischen Widerstand aufgeben“, so Beck.

„ORDENTLICHE
TARIFABSCHLÜSSE“

Die auch im August weiter zurückgehende Arbeitslosenzahl wertete SPD-Generalsekretär Hubertus Heil als Beleg für eine erfolgreiche sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik. Zugleich forderte er zur Stabilisierung der Konjunktur eine Stärkung der Binnennachfrage.

„Wir brauchen jetzt ordentliche Tarifabschlüsse, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg gerecht beteiligen“, sagte Heil am Donnerstag. Zudem erneuerte er die Forderung der Sozialdemokraten, Mindestlöhne einzuführen. Die Union müsse „ihren ideologisch motivierten Widerstand gegen Mindestlöhne etwa in der Zeitarbeit endlich aufgeben“.

Mit Blick auf die unverändert positive Arbeitsmarktentwicklung sagte der SPD-Generalsekretär, der Weg, den die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit Gerhard Schröder begonnen und den die große Koalition fortgesetzt hätte, sei richtig. So ist die Zahl der Arbeitslosen im August auf 3,196 Millionen gesunken. Im Juni gab es rund 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. **PM** □

das größte Risiko bei Mängeln entsteht. „Die Betriebe, in denen solche Lebensmittel hergestellt, bearbeitet oder verkauft werden, wissen also genau, dass sie höchstwahrscheinlich kontrolliert werden. Dennoch haben die Behörden bei fast jedem vierten überprüften Betrieb Beanstandungen machen müssen.“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete warnt: „Verstöße gegen Hygienebestimmungen, mangelhafte Eigenkontrollen, falsche

Kennzeichnungen, irreführende Werbung oder Verpackungen sind keine Kavaliertat. Sie gefährden oder übervorteilen Verbraucherinnen und Verbraucher in großer Zahl.“

Die Bundesländer forderte Marlies Volkmer auf, den Personalbestand im Bereich der Lebensmittelkontrolle nicht weiter abzubauen, sondern eher auszubauen. Zu wenige Kontrollen gefährden die Verbrauchersicherheit. **PM** □

Der ständige Kampf Gut gegen Böse

Marcia Pally: Tradition und Zukunft der US-Außenpolitik

Barack Obama, vergangene Woche auch offiziell zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten gekürt, gilt hierzulande - gerade nach den Erfahrungen mit George Bush und dem Irakkrieg- als Hoffnungsträger. Zehntausende wollten ihn in Berlin sehen und hören. Aber ob man ihn auch verstanden hat, wird sich erst noch zeigen. In ihrem Buch „Warnung vor dem Freunde“ setzt sich Marcia Pally, Professorin für Kulturwissenschaften an der New York University, mit Tradition und Zukunft der US-amerikanischen Außenpolitik auseinander. Ihr Blick in die Geschichte zeigt, warum Republikaner und Demokraten durchaus eine ähnliche Außenpolitik betreiben.

Wenn man die amerikanische Politik verstehen wolle, müsse man ein „Ohr“ für die evangelikalen Klänge haben, die in ihr nachhallen, schreibt Marcia Pally. Spannend und faktenreich beschreibt sie, welche unterschiedliche Entwicklung die Gesellschaften in den USA und Europa genommen haben und welche unterschiedliche Rolle dabei auch die Kirche gespielt hat.

Während die europäische Aufklärung stark antiklerikal ausgerichtet war, die Kirche sich als Bewahrer von Monarchie und Tradition verstand und entsprechend als Teil des Unterdrückungsapparats angesehen und angegriffen wurde, waren in den USA Gewissensfreiheit, liberale Selbstverwaltung, die Freiheit des Einzelnen elementare Glaubensbestandteile. Der Kampf gegen Despotismus war ein Kampf für Gott, die Individualität war gottgegeben. Während die Kirche in Europa durch ihre Politik an Einfluss verlor, wuchs die Bedeutung der Kirchen in den USA, gerade weil sie formal keinen Einfluss auf die Politik nahmen. Die Einwanderer brachten ihre eigenen Vorstellungen von Gott mit, Amerika wurde zum „gelobten Land“. In einer solchen Tradition wird dann das Verständnis von „Amerika als Triebkraft einer von Gott gewollten Freiheit“ nachvollziehbar, der missionarische Eifer beim Kampf Gut gegen Böse, am besten verkörpert seit den siebziger Jahren von den Republikanern, die dafür die offene Unterstützung der Evangelikalen erhalten. Aber auch den Demokraten ist diese Tradition nicht fremd. Und: Auch heute halten sich 90 Prozent der Amerikaner für religiös.

Marcia Pally: „In Amerika geht es bei Wahlen nicht darum, ob die Nation die Weltsicht der Demokraten oder die der Republikaner übernimmt. Amerikas Größe und Vielfalt sind kaum auf einen Nenner zu bringen, sodass die Nation nicht für län-



Marcia Pally, *Warnung vor dem Freunde*, aus dem Amerikanischen von Michael Haupt, Klappenbroschur, 272 Seiten, ISBN: 978-3-86601-601-9, Preis: 19,80 Euro.

gere Zeit von ihren Kernzielen abrücken oder ständig von links nach rechts wechseln kann.“ Für sie folgt daraus: „Bei Wahlen geht es darum, welche Politik mit der amerikanischen Weltsicht am besten vereinbar ist.“ Zwar wären die Republikaner darin lange erfolgreich gewesen, aber: Wer seine Politik auf diese Weltsicht beziehe, habe in Amerika einen Anspruch auf die politische Macht.

Das Spektrum und die äußeren Grenzen

des außenpolitischen Verhaltens der USA, so Marcia Pallys These, werden weniger durch die Evangelikalen direkt bestimmt als durch die „Werte und Überzeugungen, die aus Amerikas säkulären und evangelikalen Erfahrungen erwachsen“.

Es ist nicht nur die historische Darstellung, die Marcia Pallys Buch so lesenswert macht. Es ist die detailreiche Beschreibung der US-amerikanischen Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte, geprägt vom mit allen Mitteln geführten Kampf gegen das Böse, das immer dort ausgemacht wurde, wo Amerika an Einfluss verlor. Das von Marcia Pally beschriebene Vorgehen der USA und die zahlreichen Zitate belegen das Wechselspiel aus Stabilisierung und Destabilisierung von Ländern und Regionen, die verdeckte Einflussnahme, die Sicherung von Rohstoffinteressen, das Hinwegsetzen über Konventionen. All das im Namen einer guten Sache, eines Sendungsbewusstseins, aber auch einer Mischung aus idealistischen und wirtschaftlichen Motiven.

Marcia Pally wirft die Frage auf, ob und wie sich die amerikanische Außenpolitik beeinflussen und verändern lässt. Einen möglichen Ansatzpunkt sieht sie in Europa. Eine interessante Frage sei „ob Europa mit einer konkreten Vision und entsprechendem Handeln die in der Welt herrschenden Bedingungen ändern kann“. Marcia Pallys „Warnung vor dem Freunde“ kann ein Schritt dazu sein, weil das Buch unpolemisch erklärt und das Verständnis für den Partner USA fördert. **U.H. □**

BERLIN-LITERATUR

Siemens in Berlin: Spaziergänge durch die Geschichte der Elektrifizierung. Am 12. Oktober 1847 gründete Werner von Siemens zusammen mit Johann Georg Halske die Telegraphen-Bauanstalt von Siemens & Halske in Berlin. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelte sich das Unternehmen von einer kleinen Werkstatt zu einer der weltweit größten Elektrofirmen. Wie zahlreiche andere Industriebetriebe zog das Unternehmen an den jeweiligen Rand der sich vergrößernden und verdichtenden Stadt Berlin.

Die Autorin Dorothea Zöbl, Historikerin mit den Schwerpunkten Raum-, Verwaltungs- und Berliner Stadtgeschichte, führt die Leser auf kurzweiligen Rundgängen von Siemens' Ursprüngen in einem Hinterhaus über den Standort in Charlottenburg bis hin zum heutigen Stadtteil Siemensstadt. Als „treibende Kräfte“ dieser Rand-



wanderung werden neue Produkte, eine jeweils effizientere Arbeitsorganisation und Veränderungen im Stadtkörper gezeigt. Zahlreiche Bilder und konkrete Beschreibungen veranschaulichen die Erläuterungen. So kann man sich zum Beispiel den viel bewunderten kaukasischen Steinbock vorstellen, der im Garten des Charlottenburger Wohnhauses der Familie Siemens hauste, bevor er dem Zoo überantwortet wurde... **PM □**

Dorothea Zöbl: *Siemens in Berlin - Spaziergänge durch die Geschichte der Elektrifizierung*, Broschur, 196 Seiten mit 57 s/w-Abbildungen, ISBN 978-3-86650-945-0, 16,95 Euro.

Vor 40 Jahren:

1968 und die Sozialdemokratie

Siegfried Heimann über das politische Klima, die Reformpolitik und hohe Erwartungen

Gegen Ende der sechziger Jahre war aus der ehemaligen Studentenvereinigung der SPD, dem SDS, ein nach vielen hunderten zählender Verband geworden, der alle studentischen Gremien in den meisten Universitätsstädten dominierte.

Der später sich auch radikalisierte, nur anders "gläubige" Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) war zunächst noch eine angepasste stromlinienförmige sozialdemokratische Studentenorganisation mit Dietrich Stobbe als Vorsitzenden in Berlin, die freilich in Berlin mit Knut Nevermann schon bald aufmüpfig zu werden begann, vom SDS aber weiterhin als Spalterorganisation argwöhnisch beobachtet wurde.

Wer von den 60er Jahren sprechen will, darf von der SPD nicht schweigen. Und auch hier gilt es, den historischen Prozess, wie er sich im Rückblick dem Historiker darstellt, und die Wahrnehmung dieses Prozesses durch die Zeitgenossen auseinander zu halten.

Da war zunächst das Godesberger Programm der SPD von 1959. Das war bei Lichte besehen beileibe kein Sündenfall in der SPD-Parteigeschichte, sondern lediglich die programmatische Anpassung an eine reformorientierte Praxis, eine Praxis, die die Partei schon seit langem auf ihre Fahnen geschrieben hatte, wie der verstorbene Peter von Oertzen - er hatte selbst gegen den Programmmentwurf gestimmt - zu Beginn der sechziger Jahre schon schrieb. Für nicht wenige damalige Kritiker in der Partei war es allerdings - und wieder einmal - der Verrat an hehren Prinzipien. Einige verließen die Partei, noch mehr wurden ausgeschlossen.

NICHT NUR RECHT HABEN, AUCH RECHT BEKOMMEN

Die SPD wollte endlich -wie der außenpolitische Sprecher Fritz Erler es formulierte - nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen, durch das Votum der Wähler nämlich. Und alles, was dabei störte, war von Übel. Aufmüpfige sozialistische Studenten, aber auch die Funktion einer Oppositionspartei blieben dabei auf der Strecke. Die Opposition im Bundestag gegen eine an Peinlichkeiten übervolle und zu Ende gehende Adenauer-Ära wurde nicht leise, sie wurde unhörbar.

Während der die bundesrepublikanische Öffentlichkeit erschütternde "Spiegel-Affäre", in Wahrheit eine "Affäre



Siegfried Heimann ist Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD. Foto: Horb

Adenauer/Strauß", musste die SPD von den Medien - eine Sternstunde der vierten Gewalt - zum Widerspruch getragen werden.

Aber obwohl danach die politische Karriere von Franz-Josef Strauß schon beendet zu sein schien, war er 1966 plötzlich wieder da - und auch noch an der Seite eines SPD-Wirtschaftsministers Schiller.

Mitte der 60er Jahre waren die langen fünfziger Jahre endgültig zu Ende, das "Wirtschaftswunder" war mit der ersten konjunkturellen Nachkriegskrise in der Bundesrepublik entzaubert worden. Massenentlassungen und Streiks, "wilde Streiks" sogar, störten erstmals den Frieden der Tarifpartnerschaft. Viele innerhalb und außerhalb der SPD forderten Neuwahlen, statt dessen kam es Ende 1966 zur Elefantenhochzeit, sprich: zur "Großen Koalition".

GROSSE KOALITION MIT KLAREN SPD-AKZENTEN

Im Rückblick stellt sich die "Große Koalition" besser dar als ihr damaliger Ruf war: Die verabschiedeten sozialpolitischen Gesetze wiesen deutlich den Stempel der sozialpolitischen Programmatik der SPD auf. Noch kurz vor Ende der Legislaturperiode verabschiedete der Bundestag das von der Mehrheit von CDU und CSU nur ungerne mitgetragene "Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter". Es sollte das "Grundrecht der sozialen Sicherheit" verwirklichen helfen.

Noch deutlicher war der progressive gesellschaftspolitische Akzent bei dem noch im Juli 1969 in Kraft getretenen "Arbeitsförderungsgesetz" sichtbar, das der vorbeugenden Verhütung von Arbeitslosigkeit vor der nur nachsorgenden Arbeitslosenvermittlung den Vorrang einräumte. Am wenigsten beachtet blieben die Erfolge sozialdemokratischer Praxis bei dem Versuch, die "Rechtspolitischen Grundsätze der SPD"

umzusetzen. Der SPD-Justizminister Gustav Heinemann konnte mit der von ihm betriebenen "Großen Strafrechtsreform" zumindest einige der im Grundgesetz formulierten rechtsstaatlichen Prinzipien einlösen: Ein Strafrechtsänderungsgesetz belegte ein neues Verständnis von Strafe, betonte die Resozialisierung und hob die Strafbarkeit von Ehebruch, von Gotteslästerung und von Homosexualität unter Erwachsenen auf.

DEN MUFF VERTREIBEN

Für das politische Klima der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung war ein weiteres Strafrechtsänderungsgesetz, das den Tatbestand des Landesverrats neu fasste und das Straffreiheitsgesetz vom August 1968, die neugegründete DKP war ohne diese Gesetze nicht denkbar. Nicht zuletzt ist das im Mai 1969 verabschiedete "Gesetz über die rechtliche Stellung des nicht-ehelichen Kindes" und das noch von Heinemann vorbereitete, aber erst in den siebziger Jahren verabschiedete "Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts" zu nennen.

Alle diese Gesetze trugen mit dazu bei, den von der außerparlamentarischen Opposition zu Recht beklagten Muff der 50er Jahre vertreiben zu helfen.

Die Wahrnehmung der Großen Koalition bei vielen Zeitgenossen aber war anders. Endlich regierte die SPD zwar mit und stellte mit Willy Brandt den Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik. Aber um welchen Preis?

Der politische Emigrant, der Vertreter des anderen Deutschland in der Nazizeit saß mit Georg Kiesinger, dem ehemaligen NSDAP-Mitglied, als Bundeskanzler in einem Kabinett und Franz-Josef Strauß saß mit am Tisch. Schwerer auch im Rückblick wog, dass um des "lieben Koalitionsfriedens" willen auch die Regierungsfaktionen kaum an politischen Entscheidungen beteiligt waren. Ein "Küchenkabinett" von sieben Leuten, der "Kressbronner Kreis" mit Kiesinger, Strauß, Barzel, Heck auf der einen Seite, Brandt, Schmidt und Wehner auf der anderen Seite traf Vorentscheidungen hinter verschlossener Tür.

Was als "Versachlichung" der politischen Auseinandersetzungen gelobt wurde, war in Wahrheit ein großer Verlust an Öffentlichkeit und eine Ausschaltung des Parlaments als Kontrollorgan. Das war um so schwerwiegender, als die Rolle der kontrol-

Fortsetzung Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

lierenden parlamentarischen Opposition von der Kleinpartei FDP nicht ausgefüllt werden konnte. Diese Funktion übernahm mit großem Erfolg die außerparlamentarische Opposition, die viele nur zu berechtigten Gründen fand, die "Große Koalition" zum besondern Gegenstand ihrer Kritik zu machen.

WILLY BRANDT ALS BESTIMMENDE PERSÖNLICHKEIT

Von dieser Kritik war auch nicht die politische Persönlichkeit ausgenommen, die die Politik der SPD zunehmend bestimmte: nämlich Willy Brandt. Im Jahre 1961 waren die Rituale der Wiedervereinigungs-Sonntagsreden an eine Mauer geraten. Für eine Politik, die aus dieser festgefahrenen und friedensgefährdenden Situation herauskommen wollte, stand und steht im Rückblick der Name Willy Brandt. In der Wahrnehmung der linken Opposition innerhalb und außerhalb der SPD zu Beginn der 60er Jahre aber stand der Name auch und für viele nur für einen Politiker, der sich gegen eine zunehmend kleiner werdende Linke in der SPD auch mit rigider Ausschlusspolitik nach oben durchgeboxt hatte und schließlich in der "Großen Koalition" auch noch seinen Frieden mit den konservativ-reaktionären Kräften in der Bundesrepublik gemacht hatte. Ein Bild, das - wie wir heute wissen - ganz sicher der Person Brandts nicht gerecht wird.

Aber er trug mit und verantwortete mit die auch in der SPD heftig umstrittenen "Notstandsgesetze", denen die SPD-Fraktion nach mehreren Veränderungen des 1967 von der Koalition formulierten Entwurfs im Frühjahr 1968 zustimmte. Freilich war das nicht der Preis, den die SPD für ihre Beteiligung an der Regierung zu zahlen gezwungen war, wie manche damals vermuteten.

DIE SPD UND DIE NOTSTANDSGESETZE

Die SPD-Fraktion hatte zwar zuletzt 1965 alle vorhergehenden Regierungsvorlagen abgelehnt, weil sie aus der Sicht der SPD keine rechtlich einwandfreie Lösung vorsahen, die SPD hatte aber auch schon vor 1966 ihren Willen dokumentiert, an einer "Notstandsverfassung" mitzuwirken, indem sie den sog. einfachen Notstandsgesetzen zugestimmt hatte. Nach 1966 nahm sie immerhin auch die immer lauter werdende Kritik aus den Reihen der Gewerkschaften, der FDP, von Teilen der SPD und vor allem der außerparlamentarischen Opposition teilweise auf. Es konnten so in dem schließlich verabschiedeten Entwurf noch einige rechtsstaatliche Sicherungen eingebaut werden.



Materialien aus der Zeit der 68er. Archiv: Schröter

Für die außerparlamentarische Opposition war das dennoch viel zu wenig: Diese APO war ja auch eine Große Koalition von vielen Gewerkschaftlern, die besonders die drohenden Notstandsgesetze zum Thema machten, von Lehrlingen, Studenten, wenigen Assistenten und noch weniger Professoren, die den Bildungsnotstand nicht mehr hinnehmen wollten. Alle zusammen wollten (im Bündnis mit Gleichgesinnten in USA, in England und Frankreich) den schmutzigen Krieg in Vietnam nicht mehr unter dem Teppich halten.

EIN TABU DER NACHKRIEGSZEIT

Sie rührten damit, und besonders in Berlin, an ein Tabu der Nachkriegszeit, das die "Schutzmacht gegen die bolschewistische Bedrohung" von jeder Kritik auszunehmen zwang. Wer das Tabu verletzte, war "von drüben geschickt" und sollte eher heute als morgen wieder nach drüben gehen. Die daraus folgenden Diffamierungen und die sich besonders in Berlin überschlagende Hetze gegen die außerparlamentarische Opposition erklären, weshalb vor allem die "Große Koalition" vehemente Ablehnung und Kritik auf immer größer werdenden Massendemonstrationen fand.

DIE 68ER UND DIE GEWALTDEBATTE

Und deshalb auch ein Wort zur Gewalt, zu der die 68er - wie es damals hieß - keine klare ablehnende Haltung gezeigt hätten. Ein Satz vor allem wird dafür immer wieder zitiert: der Satz von der "Gewalt gegen Sachen und gegen Personen". Als dafür verantwortlicher "Mentor aus dem Kreis der Professorenschaft" wurde und wird der Theologe Helmut Gollwitzer an den Pranger gestellt. Er habe Ostern 1968 durch unklare Grenzziehungen zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen dazu beigetragen, dass die 68er schließlich der Gewalt das Wort geredet hätten.

Zunächst: Was hat Gollwitzer eigentlich Ostern 1968, in einer äußerst angespann-

ten und aufgeheizten Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, gesagt? Gollwitzer dazu, in einer Erwiderung auf diffamierende Anwürfe eines professoralen Kollegen: "Damals habe ich den Studenten gesagt, bisher seien sie zwar geprügelt und einer von ihnen erschossen worden, sie aber hätten sich bisher nicht an Menschen vergriffen, sondern höchstens an Fakultätstüren, und diese Grenze sollten sie ja nie überschreiten."

DIFFERENZIERUNG GEFORDERT

Gollwitzer verwies aber auch darauf, dass "die barbarische Zerstörung Vietnams durch die amerikanische Kriegsmaschine die Hemmschwelle gegenüber Gewalttaten bei vielen Angehörigen der jungen Generation gefährlich heruntergesetzt hat". Und Gollwitzer schließt seine Erklärung: "Ein Wort noch zu der allenthalben zitierten Formel von Gewalt gegen Sachen und gegen Personen. Ich erfinde nicht unsinnige Formeln; also ist sie nicht von mir. Sie ist Unsinn. Denn Gewalt gegen Sachen vollziehen wir ständig, bei jedem Nage einschlagen. Was die törichte Formel meint, ist die Verletzung fremden Eigentums. Solche Verletzung wird vom Gesetz unter Strafe gestellt und ist von der Polizei zu verhindern. Dass aber illegale Verletzung fremden Eigentums in jedem Falle ebenso verwerflich sei, wie die Antastung fremden Lebens, wird man wohl nicht behaupten können. Nach dem Kriege erregte Kardinal Frings' Fürsprache für Kohlen stehende Mütter Aufsehen; der Frankfurter Oberbürgermeister zeigte Verständnis für Miethausbesetzungen ...[Diese Beispiele zeigen:] Man kommt also nur mit Differenzierungen weiter. Wer sich als Richter über 'Pauschalurteile' geriert und zugleich mit billigen Pauschalsätzen alle Gewalt 'in einen Topf' wirft", der - so Gollwitzer seinem professoralen Kritiker von damals und allen anderen bis heute ins Stammbuch verfehlt seinen Beruf als akademischer Lehrer.

WIDERSPRÜCHLICHER UND MEHRDEUTIGER

Soweit einige Hinweise auf die 68er Bewegungen - der Plural ist wichtig - und auf die SPD der 60er Jahre. Klar geworden ist dabei hoffentlich, dass alles ganz anders war, als viele, von der einen oder der anderen Seite behaupten, die vorgeben, den Durchblick zu haben, nämlich - um noch einmal F. C. Delius zu zitieren - "viel widersprüchlicher, mehrdeutiger, spielerischer".

Spielerisch freilich kann mehrdeutig sein, und nicht ohne Grund nannte Uwe Wesel seinen Rückblick auf das Jahr 1968 in einem sehr lesenswerten Buch "Die verspielte Revolution". **Siegfried Heimann** □

Nachruf:

Kampfesmut und Noblesse.

Zum Tod von Erich Schmidt (1910-2008)

Nun verlassen sie uns, die noch Zeugnis ablegen konnten von einer Arbeiterbewegung, die Hitler die Stirn zu bieten suchte. Zu ihnen gehörte Erich Schmidt, der am 22. Juli in Easthampton (Massachusetts) zwei Wochen vor seinem 98. Geburtstag starb.

1910 in Berlin geboren, erlernte Schmidt den Beruf eines Druckers und trat 1928 der SPD bei. In der Arbeiterbildung wurde er besonders durch den Historiker Arthur Rosenberg geprägt, dessen Bücher er mit seinem Freund Richard Löwenthal intensiv diskutierte. 1931 wurde Schmidt Vorsitzender der Berliner Sozialistischen Arbeiterjugend. Er schloss sich der Gruppe „Neu Beginnen“ an, die innerhalb der beiden Arbeiterparteien zu wirken suchte, um die Kluft zwischen ihnen zumindest auf ein rational diskutables Maß zu verengen. Dies erwies sich tragischerweise als unmöglich.

Erich Schmidt und seiner späteren Frau Hilde, die ihn überlebte, gelang die Flucht aus Deutschland. In der Schweiz wurde er noch 1933 aus der SPD ausgeschlossen – weil er sich für eine Aktionseinheit mit Kommunisten eingesetzt hatte. Zwar wurde er später rehabilitiert, doch auch im Alter sprach



Schriftenreihe des POSOPA e.V. Nr. 2, Erich R. Schmidt, Meine Emigrantenjahre 1933 - 1940 Berlin - Bern - Paris, Rostock: Verlag Jugend und Geschichte 1994, 147 S., ISBN 3-929544-29-6

Erich Schmidt davon manchmal mit Bitterkeit. Über Frankreich gelangten die Schmidts 1940 in die USA. Als Vorsitzender der Friends of German Labor blieb er nach 1945 eine wichtige Kontaktperson zur SPD.

Das Leben prüfte ihn und Hilde sehr hart: Ihr einziger Sohn, der Literaturwissenschaftler und Bühnen-Spezialist Henry Schmidt starb jung, und die Großeltern mussten auch ihr einziges, lebenslang schwerkrankes Enkelkind betrauern. Woher nahmen beide ihren Lebensmut, ihre ansteckende Fröhlichkeit, die alle Besucher spürten? Erich Schmidt war eine überaus reiche Persönlichkeit, eine Verbindung – es lässt sich nicht anders sagen – aus Kampfesmut und Noblesse. Ein reguläres Studium war ihm durch die Zeitumstände versagt geblieben. Sein Wissen, das er nie zur Schau stellte, aber übertraf wohl das vieler akademisch Dekorierter.

Seine brillant geschriebenen Memoirenbände „Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Elend der Arbeiterbewegung 1918-1933“, mit einem Vorwort von Willy Brandt (1988) und „Meine Emigrantenjahre. Berlin-Bern-Paris 1933-1940“ (1994) sind wahre Fundgruben für die Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Eine Neuauflage beider Bücher wäre für eine neue Generation, die aus der Geschichte lernen will, ein großer Gewinn.

Mario Keßler □

GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMI NE

- SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. City, Traditionelles **Kinderfest**, Sonntag, 7. September, 15.00 bis 18.00 Uhr, Wartburgplatz vor dem Kulturzentrum "Weißen Rose" in Schöneberg
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Lietzenseefest, Sonntag, 7. September, 14.30 bis 18.30 Uhr, Große Wiese am Lietzensee
- SPD Parteivorstand, **Bildungskonferenz „Aufstieg durch Bildung“**, Montag, 8. September, 13.00 bis 17.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
- Forum Sport der SPD Berlin, **Diskussionsrunde**, Montag, 8. September, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- SPD Marzahn-Hellersdorf, **Soziale Stadtentwicklung und Bildungspolitik**, Diskussionsveranstaltung mit Prof. Häußermann, Mitbegründer und Sprecher des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung an der Humboldt-Universität, Dienstag, 9. September, 18.00 Uhr, Victor-Klemperer-Kolleg, Martha-Arendsee-Str. 15, 12681 Berlin
- SPD Mitte – AfA und Abt. Schillerpark, **Wie viel soziale Gerechtigkeit brauchen wir?** Diskussionsveranstaltung mit Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg; Frank Kirstan, stv. AfA-Landesvorsitzender; Werner Schiffmann, Vors. der AfA Mitte, Mittwoch, 10. September, 18.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- ASJ Berlin, Stammtisch: **Mit Enthaltung Einfluss nehmen**, Mittwoch, 10. September, 19.30 Uhr, Restaurant 'Glocke', Mecklenburgische Str. 14, 10713 Berlin
- Swen Schulz, MdB, Sybille Albrecht - Farbmomente, **Vernissage im Bürgerbüro** des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, Mittwoch, 10. September, 19.00 Uhr, Bürgerbüro Swen Schulz, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin
- Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **Fotoausstellung: „1968“** International - Frankfurt – Paris – Prag – Tokyo, Ausstellung vom 10. Sept. bis 19. Okt., Di bis So, 12 bis 18 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, Eintritt frei, Ausweis erforderlich
- SPD Mitte – Abt. Brunnenviertel, **Aktuelle Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik**, Diskussion mit Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Donnerstag, 11. September, 19.00 Uhr, Begegnungsstätte Jahresringe e. V., Stralunder Straße 6, 13355 Berlin
- Vorwärts, **Paul Singer rückt neben Willy Brandt**, Feierlich Benennung der Stresemannstraße 30 in Paul-Singer-Haus, Donnerstag, 11. September, 19.00 Uhr, Innenhof des Vorwärts Verlagshauses, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, Teilnahme bitte anmelden unter: veranstaltungen@vorwaerts.de
- SPD Mitte – Abt. Schillerpark, **Kinder- und Stadtteilfest**, Sonnabend, 13. September, von 14.00 bis 18.00 Uhr, Schillerpark, Edinburger

Straße, Ecke Barfusstraße, 13349 Berlin

- SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühshoppen**: Konnte man nach den Ereignissen von „1953 – 1956 – 1961 – 1968“ noch an das Gute in der SED glauben? mit Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Sonntag, 14. September, 10.00 Uhr, Ratskeller Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21
- SPD-Bundestagsfraktion, **Mindestlöhne - Gute Löhne für gute Arbeit**, Diskussionsveranstaltung mit Detlef Dzembritzki, MdB; Jörg-Otto Spiller, MdB; Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Jörg Stroedter, Mda und Unternehmer, Mittwoch, 17. September, 19.30 Uhr, Ideal Event-Center Reinickendorf, Alt-Reinickendorf 23-24, 13403 Berlin, Anmeldung bis zum 14.9. unter detlef.dzembritzki@bundestag.de
- FES Forum Berlin, **Zur Lage der Generationen II - Ost und West von 0 bis 100**: Generationenkrieg oder Pakt für die Zukunft? Donnerstag, 18. September, 14.00 bis 22.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin Anmeldung: forum.gr@fes.de
- SPD Tempelhof-Schöneberg, **Braucht Europa einen neuen Anlauf?** mit Dagmar Roth-Behrendt, MdEP, Donnerstag, 18. September, 19.30 Uhr, Jugend- und Freizeitstätte Lichtenrade, Lichtenrader Damm 198-212, 12305 Berlin
- SPD Spandau, **Sommerfest**, Samstag, 20. September, 14.00 bis 18.00 Uhr, Wröhmännerpark, Wröhmännerstraße, 13585 Berlin
- SPD-Bundestagsfraktion, **Soziales Europa - zwischen Anspruch und Wirklichkeit**. Mit Dr. Peter Struck, Vors. der SPD-Fraktion; Martin Schulz, Vors. der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament; Kurt Beck, Vors. der SPD; Michael Sommer, Vors. des DGB, Montag, 22. September, 14.30 bis 17.15 Uhr, Deutscher Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Anhörungssaal, Eingang Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1, 10117 Berlin Anmeldung bis zum 10. 9., bitte einen gültigen Personalausweis mitbringen. Anmeldung: Telefon(030) 227-53864 Telefax(030) 227-56206 oder per E-Mail: ageuropa@spdfraktion.de

T RAUER

Wir trauern um:

- Anita Wunderlich**, geb. 9.4.1921, Abt. Freie Scholle/Tegel, Mitgl. s. 1.1.1946; **Lothar Gleitze**, geb. 17.7.1938, Abt. Zehlendorf, Mitgl. s. Jan. 1957; **Christel Hopf**, geb. 27.10.1942, Abt. Nikolsburg, Mitgl. s. Jan. 1969; **Irmgard Krügel**, geb. 17.12.1935, Abt. Märkisches Viertel, Mitgl. s. Jan. 1977; **Margarete Bach**, geb. 3.2.1908, Abt. Haselhorst-Siemensstadt, Mitgl. s. Jan. 1959;

S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.
- **DETLEF DZEMBRTZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 5. September, 15 bis 17 Uhr
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de Nächster Termin: 12. September.
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro**: Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.
-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015. Nächster Termin: Dienstag, 30. September von 15.00 bis 17.00 Uhr.
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de
-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.
- **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Hans-Joachim Knop, geb. 30.7.1952, Abt. 07/01 Tempelhof, Mitgl. s. Juni 1980, verst. am 14.7. 2008; **Charlotte Webenow**, geb. 6.6.1916, Abt. Südende, Mitgl. s. Juni 1946; **Dr. Judith Hejjas-Kistamas**, geb. 5.4.1955, Abt. 07/07 Schöneberg, Mitgl. s. Mai 1989; **Dieter Schmidt**, geb. 12.2.1937, Abt. Friedrichshagen, Mitgl. s. Jan. 1954; **Rainer Stroncsek**, geb. 3.1.1940, Abt. Panke-Kiez, Mitgl. s. Jan. 1963; **Jörg Ilbertz**, geb. 7.4.1945, Abt. Südsterne, Mitgl. s. Jan. 1972;

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Lesungen im KSH:

„Warum seid ihr nicht ausgewandert?“

Irène Alenfeld liest bei der Sonntagsmatinee am 28. September im Kurt-Schumacher-Haus

Zu einer Sonntagsmatinee mit der Autorin Irène Alenfeld laden die Berliner Stimme, der vorwärts Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie am 28. September ins Kurt-Schumacher-Haus.

„Ich will nicht die letzten Konsequenzen ziehen, sondern um der Kinder willen meine Position als Deutscher bis zum Letzten verteidigen. Wie ungerecht, wie sinnlos ist das alles“, schreibt 1937 der aus einer Bankiersfamilie stammende Erich Alenfeld. Der Weltkriegsoffizier jüdischer Abstammung lebte als evangelischer Christ in Berlin und hielt das Judentum für seine Familie für überwunden. Er war zutiefst verletzt, als der nationalsozialistische Rassenwahn ihn als „Fremdstämmeling“ an den gesellschaftlichen Rand stellte.

Die Emigration kam für ihn und seine „arische“ Frau Sabine mit den beiden Kindern Irène und Justus dennoch nicht in Fra-

ge. Sie blieben und überlebten mit der Hilfe von Freunden in Berlin. Vierzig Jahre später entdeckt Irène Alenfeld, 1933 geboren, im Nachlass ihrer Eltern Hunderte von Briefen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Sie helfen ihr, Antworten auf die Frage zu finden, die sie vor allem als Jugendliche stark bewegt hat: „Warum seid Ihr nicht ausgewandert?“ Irène Alenfeld ging ihren eigenen Weg und zog zunächst nach Frankreich, um dort einfacher und unbelasteter zu leben. Erst nach dem Tod der Mutter und mit dem Fund der Briefe tauchte die alte Frage wieder neu auf.

Die Autorin, die in Paris und London Sprachen studierte und seit 1956 als Konferenzdolmetscherin tätig war, ergänzt ihre sehr persönliche Schilderung mit historischen Fakten und ordnet die privaten Ereignisse in einen größeren Zusammenhang ein. Ihre Familiengeschichte erzählt davon, wie sich die nationalsozialistische

Gewaltherrschaft auf eine „privilegierte Mischehe“ auswirkte, wie viel Gottvertrauen, aber auch wie viel Zivilcourage notwendig waren, um das „Dritte Reich“ zu überleben.

BS □

➔ Lesung mit Irène Alenfeld am Sonntag, 28. September, 11 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Wir bitten um Anmeldung unter 4692 150 oder per Mail: berliner.stimme@spd.de

➔ Irène Alenfeld, „Warum seid ihr nicht ausgewandert?“ Überleben in Berlin 1933 bis 1945, 480 Seiten mit 80 s/w-Abbildungen, ISBN 978-3-86650-015-0, € 24,95.

KULTURTIPPS

1968 international - Vom 10. September an ist im Willy-Brandt-Haus eine umfassende Ausstellung über die erste globale Protestbewegung, die Studentenbewegung von 1968, zu sehen. Vier Fotografen dokumentierten die Ereignisse an wichtigen Stätten rund um den Globus. Bruno Barbey fotografierte die Unruhen in Paris und Tokio, er reiste nach Vietnam und Nigeria. Volker Krämer und Hilmar Pabel waren beim Einmarsch der russischen Truppen in Prag und bei der Niederschlagung des Prager Frühlings mit ihren Kameras dabei. Erika Sulzer-Kleinemeier hielt die Weltgeschichte aus der Perspektive des Frankfurter Westends fest. Die Momentaufnahmen, die bis zum 19. Oktober erstmals in Berlin zu sehen sind, zeigen den Wandel im 20. Jahrhundert.

BS □

➔ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin-Kreuzberg, Eröffnung 9. September, 19.30 Uhr, zu sehen bis 19. Oktober, Dienstag bis Sonntag von 12.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

Karikaturen und Gemälde

Ausstellung von Erich Rauschenbach in Baruth

Erich Rauschenbach, langjährigen Leserinnen und Lesern der BERLINER STIMME durch seinen bis 2001 erschienenen Comic-Strip „Genossin Inge“ vertraut, stellt eine Auswahl seiner Karikaturen und Acryl-Bilder bis zum 22. Oktober in der Galerie Packschuppen im brandenburgischen Baruth aus.

Zu sehen sind mit „Maya, Frau Richter & Co“, starke Frauen auf großformatigen Acrylbildern, entstanden vor rund zwei Jahren. Daneben zeigt Erich Rauschenbach zahlreiche Originalzeichnungen und Karikaturen.

BS □

➔ Galerie Packschuppen, Baruth, Hüttenweg 19, Ortsteil Glashütte. Geöffnet ist dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr.



Motiv aus der Ausstellung.